

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/117

Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen, Teil 2

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 8. Januar 2013 (x892/...): >>Christenverfolgung weltweit

Angehörige keiner anderen Religion werden stärker verfolgt, diskriminiert und allein wegen ihres Glaubens ermordet, als Christen. Das überkonfessionelle Hilfswerk *Open Doors* hat soeben die aktuelle Statistik über die weltweite Christenverfolgung veröffentlicht. Demnach leiden weltweit etwa 100 Millionen Christen unter Verfolgung durch Staaten. Die Rangliste der brutalsten Christenverfolger wird weiterhin angeführt vom kommunistischen Nordkorea und von islamischen Staaten. Die Zunahme der Christenverfolgung, insbesondere in Afrika, geht ebenfalls auf das Konto des Islam.

Während in Deutschland und ganz Europa Muslime völlig unbehelligt und frei nicht nur ihre Religion ausüben, sondern auch Christen zu dieser falschen Religion verführen dürfen, ist es Christen in islamischen Ländern nicht einmal erlaubt, Zuhause ihren Glauben zu praktizieren. Hier könnten die Regierungen europäischer Staaten leicht Druck ausüben und die muslimischen Christenverfolger unter Druck setzen.

Weitere Informationen und Daten über die weltweite Christenverfolgung und die Liste der schlimmsten Verfolgerstaaten, angeführt von Nordkorea und dem von den USA hofierten radikalislamistischen Saudi Arabien ...

Hier die Liste der brutalsten Verfolgerstaaten:

- Platz 1 Nordkorea
- Platz 2 Saudi-Arabien
- Platz 3 Afghanistan
- Platz 4 Irak
- Platz 5 Somalia
- Platz 6 Malediven
- Platz 7 Mali
- Platz 8 Iran
- Platz 9 Jemen
- Platz 10 Eritrea ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 14. April 2013: >>Rechtspopulisten bei "Freiheit" und PI

Das gefährliche Gift des Hasses

Extremistisch und verfassungsfeindlich: Endlich läßt das bayerische Innenministerium die Partei "Freiheit" und das Webblog PI beobachten. Doch wenn die Leute um Michael Stürzen-

berger es schaffen, ihre Ideen trotzdem zum Wahlkampfthema zu machen, ist die Entscheidung womöglich zu spät gefallen.

Endlich! Seit Ende März wird der Landesverband der Partei "Die Freiheit" und die Münchner Ortsgruppe des Web-Blogs "Politically Incorrect" (PI) beobachtet, sie gelten damit formal als verfassungsfeindlich. Innenminister Joachim Herrmann bescheinigt ihnen, die Menschenwürde von Muslimen zu verletzen. Mit ihrer Agitation bedrohen sie das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion.

Der Innenminister hat recht. Bis er und seine Verfassungsschützer zu dieser Erkenntnis gelangt sind, hat es aber lange gedauert - womöglich zu lange. Seit vielen Monaten verbreiten Stürzenberger und seine Leute in der Fußgängerzone ungehindert ihre Parolen. Angeblich haben sie mehr als 20.000 Unterschriften gegen das Projekt Ziem des Penzberger Imam Idriz gesammelt. Ihre Aktionen könnten das Klima in der Stadt langsam, aber nachhaltig vergiften. Die PI-Propaganda zu verurteilen heißt keineswegs, generell Kritik am Islam verbieten zu wollen. Kritik ist erlaubt, mitunter nötig, das gilt für alle Religionen, aber bitte differenziert und sachlich.

Sollte das Bürgerbegehren gegen Ziem starten, ist zu befürchten, daß eine Moschee, die bislang nur Idee ist, zum Wahlkampfobjekt wird. Das bringt den Extremisten nicht nur Unterschriften und Adressen Zehntausender Sympathisanten, sondern auch Stimmen bei den bevorstehenden Wahlen.

Hoffentlich kommen jene Münchner, die zu den Parolen von PI oder "Freiheit" bislang genickt haben, nun ins Grübeln: Wollen wir wirklich Verfassungsfeinde unterstützen? Nachdenken sollte auch der Münchner Stadtrat: Wie stellen sich Demokraten effektiv islamfeindlichen Umtrieben entgegen? Sie dürfen diese politische Aufgabe nicht einfach an die Verfassungsschützer delegieren.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Juli 2014: >>**Islamkritiker Abdel-Samad verläßt Deutschland**

Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad will Deutschland verlassen

Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad hat angekündigt, Deutschland zu verlassen. Deutschland werde immer ungemütlicher für Menschen wie ihn, schrieb Abdel-Samad auf Facebook. Das sei kein Vorwurf, sondern eine Warnung. "Ja, ich bin müde geworden und kann den Druck nicht mehr aushalten, aber verbittert bin ich nicht. Es war schließlich meine Entscheidung, so aufzutreten wie ich aufgetreten bin. Und ich bereue es nicht!" Es sei an der Zeit, sich eine neue Heimat zu suchen, in der er ein wenig "Normalität" und Ruhe finden und sich ohne Polizeischutz bewegen könne.

Abdel-Samad ist bekannt für seine scharfe Kritik am Islam, den er unter anderem mit dem Faschismus vergleicht. Dafür erhielt er mehrfach Morddrohungen. Im vergangenen Jahr rief beispielsweise der ägyptische Prediger Assem Abdel-Maged nach einem Vortrag Abdel-Samads in Kairo dazu auf, diesen zu töten, weil er angeblich den Propheten Mohammed beleidigt habe. Seit dem steht der Islamkritiker unter Polizeischutz.

Deutschen Islamwissenschaftlern warf Abdel-Samad vor, die Öffentlichkeit bewußt zu täuschen, wenn sie behaupteten, Islam und Demokratie seien miteinander vereinbar.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 31. August 2014: >>**Die Asyl-Industrie**

Der Flüchtlingsansturm ist für Kommunen eine kaum zu bewältigende Aufgabe - und für zweifelhafte Heimbetreiber ein gutes Geschäft. Politische Kontrolle gibt es keine

Das glitschig weiße Insekt stinkt wenigstens nicht. Der Ohrwurm mit seiner Larve auf dem Rücken, der sich gerade die Wand hochschiebt, sieht nur eklig aus. Viel schlimmer aber sind die Gerüche. Nach Urin und Kot riecht es, und das nicht nur auf der Toilette, sondern in allen Gängen. Die vergilbten Plastikwände der Klokabinen sind braun besprenkelt, und es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, was das sein könnte. Um eine Klobrille kreisen

Fliegen.

Dieses Klo befindet sich nicht etwa in einer Absteige in irgendeinem armen Land der Welt. Es ist die Toilette für rund 220 Flüchtlinge - nicht in Syrien oder Afghanistan, sondern im zweitreichsten Landkreis Deutschlands. Das Heim steht in der Kleinstadt Oberursel im prosperierenden Hochtaunuskreis. Hier im Speckgürtel Frankfurts, wo die Kaufkraft der Einwohner im Schnitt fast so hoch ist wie im bayerischen Starnberg, leben Heimatlose im Dreck - in zwei Containern zusammengepfercht. Wie ist das möglich?

Man könnte es sich leicht machen und die Zustände in Oberursel auf den gigantischen Flüchtlingszustrom schieben, den Deutschland gerade bewältigen muß. In vielen Teilen der Welt ist Krieg, und mehr und mehr Menschen suchen Schutz in Europa. Deutschland liegt da ganz vorn, war 2013 sogar noch beliebter als Zufluchtsland als die Vereinigten Staaten. Ein Plus von 70 Prozent - das war schwer zu stemmen. Und allen Prognosen zufolge steigen die Zahlen weiter. Aber reicht das als Erklärung für die Zustände im Containerlager in Oberursel? Wie kann es sein, daß sich ausgerechnet einer der reichsten Landkreise ein Getto leistet?

Auf der Suche nach Antworten landet man bei Timmo Scherenberg. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich mit dem Thema Asyl. Als Geschäftsführer des hessischen Flüchtlingsrats tourt der 38-Jährige durch die Landkreise und setzt sich für Flüchtlinge ein. Er schult, berät und ist vor Ort. Defizite, meint er, gibt es viele, das größte aber ist, daß keiner mehr den Überblick hat. "Jeder Landkreis, jede Kommune, jedes Bundesland regelt auf seine Art und Weise, wie die Asylbewerber untergebracht werden", sagt er. "Und die machen das, wie sie wollen."

Dabei hatte erst im Februar der Europäische Gerichtshof das Recht der Flüchtlinge gestärkt. Sie müssen menschenwürdig leben können. Doch einheitliche Standards gibt es nicht. Wo die Syrer und Iraker genau untergebracht werden, ob in Großunterkünften, in Zelten oder in Hotels, wer all das kontrolliert - es gibt meist kein übergeordnetes Konzept, keinen Plan. Es ist immer die gleiche Antwort: "Keine Ahnung, da müssen Sie bei den Kommunen und Landkreisen nachfragen."

Die machen es alle auf ihre eigene Art. So betreibt ein Privatunternehmer das Containerlager in Oberursel - im Auftrag des Hochtaunuskreises. Wilfried Pohl, der sich gegenüber dieser Zeitung in dieser Woche nicht äußern wollte, hat aus Asyl ein Geschäft gemacht. Die Details des Vertrags sind geheim. Nach Informationen der "Welt am Sonntag" bekommt Pohls Betreibergesellschaft etwas mehr als sechs Euro pro Asylbewerber und Tag. Dafür muß er unter anderem eine menschenwürdige Unterbringung und soziale Betreuung gewährleisten. Wie einträglich das Geschäft ist, läßt sich aus dem Handelsregister nicht ablesen. Es zeigt nur: Die Betreibergesellschaft S&L hat mit ihren zwei Mitarbeitern 2013 einen Umsatz von 150.000 Euro gemacht.

Sicher ist aber, daß Pohl in einem Milliardenmarkt mit gehörigem Wachstumspotential tätig ist. Schon 2012 flossen bundesweit insgesamt 1,1 Milliarden Euro in die Unterbringung, Direktzahlungen und Krankenversorgung von Asylbewerbern. Da verdienen viele mit: Anwälte, Dolmetscher, Immobilienbesitzer. Oder eben Heimbetreiber wie Wilfried Pohl.

Daß all das Staatsgeld nicht ausreichen soll, um Männer wie Karim Aram (Name geändert) menschenwürdig unterzubringen, wundert da schon. Seit anderthalb Jahren haust der Afghane in den Containern in Oberursel, er hat studiert, arbeitete in seiner Heimat für die Vereinten Nationen. Er ist in einem Alter, in dem andere ihre Familie gründen, ein Haus bauen. Statt dessen lungert der vor Energie strotzende Mann in seiner Sieben-Quadratmeter-Zelle herum. "Wir hausen hier wie die Tiere", sagt er und deutet auf eine Kakerlake, die sich über den Tisch schiebt.

Wenn er sich duschen will, muß er Glück haben, daß die "Fünfsternekabine" frei ist, wie die Bewohner sie nennen. 72 Männer teilen sie sich, die anderen drei Duschen sind kaputt. Er

werde immer müder, sagt er. "Hier", sagt er, deutet auf sein Herz. Sein weißes, knitterfreies Hemd wirkt wie ein Zeichen dafür, daß der Afghane sich noch nicht aufgegeben hat.

Es waren wohl Szenen wie diese, die Martin Gillo umtrieben, als er 2009 seine Arbeit als Ausländerbeauftragter von Sachsen aufnahm. Zuvor hatte der Sozialpsychologe als Berater Konzerne durchleuchtet. Nun ging er als Politiker raus an die Basis, um sich ein Bild zu machen, was in den Heimen vor sich ging.

Was er dort gesehen habe, erzählt der Endsechziger, das habe ihn zutiefst schockiert: "Eingeschlagene Türen und Ungeziefer, Frauen, die sich bedroht fühlten, überführte Kinderschänder, die weiter Tür an Tür mit ihren Opfern leben durften." Nach dem dritten Heimbesuch habe er gemerkt, wie er abstumpfte. Da sei ihm klar geworden, daß "wir einen Standard für menschenwürdige Zustände brauchen - Parameter, wie ein konstruktives und sicheres Zusammenleben der Flüchtlinge aussehen soll."

Mit dem Ziel, "Menschenwürde meßbar zu machen", entwickelte Gillo einen "Heim-TÜV". Erstmals in Deutschland machte er so den Zustand von Heimen in einem Bundesland transparent und zeigte Defizite auf. Seine Bestandsaufnahme von 40 Großunterkünften brachte ein erstaunliches Ergebnis hervor: Privat betriebene Heime schneiden - von Ausnahmen abgesehen - besonders schlecht ab. Und auf der Rangliste weit unten standen 2013 drei Heime mit einem bekannten Betreiber: Wilfried Pohl. Insgesamt sechs Heime hat der Unternehmer in Sachsen, ein weiteres in Thüringen und das in Oberursel.

Für dieses Phänomen hat Sachsens Ausländerbeauftragter Gillo eine simple Begründung: schlechte Verträge und keine Kontrolle. "Über die Formulierung von Mindeststandards, etwa die minimal erforderliche Quadratmeterzahl pro Person, geht es meist nicht hinaus." Betreuungskonzepte würden bestenfalls grob gefordert. Ob und was davon umgesetzt werde, sei häufig Sache des Betreibers. Genauso schlecht ist es oft um die Aufsicht bestellt: "Kontrollen gibt es bei den Privaten noch weniger als bei den Heimen in kommunaler Hand", beklagt Gillo. "Entsprechend fragwürdig sind dann dort oft die Bedingungen."

Hessen ist dafür exemplarisch. Das fängt schon auf der Gesetzebene an. Laut dem Landesaufnahmegesetz sind die Landkreise zwar verpflichtet, den Asylbewerbern "einen menschenwürdigen Aufenthalt ohne gesundheitliche Beeinträchtigung" zu ermöglichen. Wie genau Verträge zwischen Landkreis und Heimbetreiber formuliert sind, welche Vorgaben und Sanktionsmöglichkeiten es gibt, das ist nicht geregelt, sondern Vertragsgeheimnis.

Wie es anders laufen kann, machen ein paar ehemalige Mitarbeiter der Heilsarmee in Leipzig vor. Rund hundert Vertriebene leben in dem großzügigen Backsteinbau im Osten der Stadt. Wer den Wachdienst passiert, spürt schnell, daß die Fürsorge für die Flüchtlinge hier mehr ist als ein Geschäft. Im Hof gärtnern die Bewohner selbst, Kinder spielen Fußball, Waschräume und Gemeinschaftsküchen wirken einladend. Im Haupthaus koordinieren drei Assistentinnen ein Netz von 60 Ehrenämtlern, die den Vertriebenen den Weg in ein neues Leben erleichtern sollen. Hier, das wird schnell klar, sind gut ausgebildete Fachkräfte am Werk.

Betreiber Pohl indes scheint gerade am Personal zu sparen. 2012 hatte er in seiner Bilanz der ITB Dresden, die jene sieben Heime in Ostdeutschland betreibt, knapp 750.000 Euro für Personalausgaben vorgesehen, was bei 33 Mitarbeitern einem Schnitt von 23.000 Euro pro Kopf einschließlich Sozialleistungen entspricht. Für so einen Verdienst läßt sich kaum geschultes Personal ködern.

Und doch wäre es der verkehrte Ansatz, den Schwarzen Peter allein den privaten Betreibern zuzuschieben. "Landrat und Oberbürgermeister sind nicht minder in der Pflicht", bringt Ausländerbeauftragter Gillo es auf den Punkt. "Wer Arbeit delegiert, trägt immer noch die Hauptverantwortung dafür, daß das Ergebnis auch stimmt." Ein wichtiger Schritt wäre eine konsequente staatliche Kontrolle, wie sie Luise Amtsberg, die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, fordert. "Es ist absolut inakzeptabel, wenn private Betreiber die Le-

bensbedingungen von Flüchtlingen verschlechtern, um den eigenen Gewinn zu maximieren", sagt sie.

Das Beispiel Oberursel macht deutlich, wie recht sie hat. Seit Jahren schon sind die Mißstände bekannt, geändert hat sich, da sind sich die Bewohner einig, so gut wie gar nichts.

Zwar beklagt Bürgermeister Hans-Georg Brum selbst, daß die Lebensbedingungen "unzumutbar" seien. Ändern daran kann er jedoch wenig, Brum verweist an den verantwortlichen Hochtaunuskreis. Dieser wiederum, moniert Norman Dießener, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreisverband Hochtaunus, habe das Problem verschleppt. Nun muß die zu Jahresbeginn angetretene Kreisbeigeordnete Katrin Hechler lösen, was ihre Vorgänger erfolgreich verdrängten.

"Die jetzige Containerlösung in Oberursel muß weg", sagt sie immerhin. Sie habe sich zum Ziel gesetzt, auf dem Gelände eine neue Unterkunft zu bauen. Etwas hilflos verweist sie darauf, daß der Vertrag mit Betreiber Pohl schon gekündigt worden wäre, wenn man aufgrund des zunehmenden Stroms von Flüchtlingen nicht ohnehin schon an die Grenzen gestoßen wäre. Was heißt das aber für die Zukunft, wenn noch mehr Flüchtlinge kommen? Auf die Ämter kann man jedenfalls nicht hoffen. Das bestätigt auch Hechler wohl eher ungewollt: "Wir führen regelmäßig Kontrollen durch, auch in Oberursel." Selbst das Gesundheitsamt sei dort gewesen, sagt sie sogar. "Die Betreuung ist sichergestellt. Besonders schön ist es dort leider nicht."

Eine Bitte, das Oberurseler Heim besuchen zu dürfen, hatte Hechler übrigens von ihrer Pressesprecherin ablehnen lassen. Die Begründung, warum Reporter das Heim mit üblen Sanitäreinrichtungen nicht sehen sollen, überrascht dann doch: Es gehe auch darum, die Privatsphäre der Flüchtlinge zu schützen. Die sahen das allerdings anders.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. Dezember 2014: >>**Die Unsichtbaren**

"Boat People": Vor 35 Jahren nahm Deutschland Tausende Vietnamesen auf / Ihr Beispiel zeigt: So können Asylrecht und Integration funktionieren.

Wie ein aufgeschlagenes Buch sieht sie aus, die Bronzetafel am Johannisbollwerk im Hamburger Hafen, unweit des Liegeplatzes für das Museumsschiff "Rickmer Rickmers". "In tiefster Dankbarkeit gegenüber dem deutschen Volk, der Bundesregierung ..." so beginnt die Inschrift, mit der die "vietnamesischen Flüchtlinge in Deutschland" für ihre "freundliche Aufnahme" nach der "Flucht vor den Kommunisten" danken. Hervorgehoben das Schiff, von dem die sogenannten "Boat People" seinerzeit im südchinesischen Meer gerettet wurden: die "Cap Anamur". Vor 35 Jahren, 1979, war der zu einem Hospital-Schiff umgebaute Stückgutfrachter erstmals zur Rettungsmission in See gestochen.

Initiiert wurde das Unternehmen maßgeblich von dem Journalisten Rupert Neudeck angesichts der Szenarien, die sich im Seegebiet Indochinas abspielten. Bereits nach der Eroberung Südvietnams durch den kommunistischen Norden im Jahr 1975 kommt es zu ersten Fluchtbewegungen. Vor allem Angehörige bürgerlicher Schichten fürchteten Repressionen durch die neuen Machthaber. Nicht ohne Grund: Laut Schätzungen waren in Südvietnam zwischen 500.000 und einer Million Menschen von Umerziehungsmaßnahmen in Gefängnissen oder Arbeitslagern betroffen (bei einer Bevölkerung von 20 Millionen), darunter vor allem Studenten, Intellektuelle, buddhistische sowie katholische Mönche.

Ende 1978 beginnt dann ein wahrer Massenexodus, der schichten- und altersübergreifend ist. Auf kaum seetüchtigen Booten brechen die Flüchtenden in Richtung Hongkong, Singapur oder Macau auf. Eine große Zahl der häufig überladenen Kähne kentert oder gerät in die Fänge von Piraten. Etwa 200.000 Menschen sollen auf der Flucht ertrunken sein.

Neudeck gründete im Frühjahr 1979 gemeinsam mit so unterschiedlichen Verbündeten wie dem CDU-Politiker Norbert Blüm, dem Kabarettisten Dieter Hildebrandt, den Schriftstellern

Heinrich Böll und Martin Walser sowie dem nationalkonservativen Welt-Journalisten Matthias Walden in Köln das private Hilfskomitee "Ein Schiff für Vietnam", das dann die "Cap Anamur" charterte.

"Für mich ist Ernst Albrecht ein Ersatzvater geworden"

Bereits in der Adventszeit des Jahres 1978 hatte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) unter dem Eindruck von Fernsehbildern vom Elend der "Boat People" beschlossen, daß sein Bundesland 1.000 vietnamesische Flüchtlinge aufnimmt. Eigens dazu hatte er seinen Bundesratsminister und Parteifreund Wilfried Hasselmann in die malaysische Hauptstadt Kuala Lumpur entsandt, damit dieser vor Ort in den Flüchtlingsheimen Familien auswähle.

Am 3. Dezember traf dann eine Maschine der Bundeswehr mit den ersten 163 Vietnamesen in Hannover ein. Die Bilder der eilig in Decken gehüllten Flüchtlinge gelten als eine der Initialzündungen dafür, daß sich die Bundesrepublik insgesamt zur Aufnahme weiterer Bootsflüchtlinge bereit erklärte. Albrecht selbst hatte für seine Spontanaktion den gesetzlichen Rahmen - gelinde gesagt - etwas überstrapaziert.

Unter den Vietnamesen, die zunächst im Grenzdurchgangslager Friedland versorgt und dann über das Land verteilt wurden, hat sein Vorpreschen dem Politiker dauerhafte Sympathien und tiefe Verehrung eingebracht. "Ernst Albrecht ist für mich ein Ersatzvater geworden", sagt etwa Trang Xuan Nguyen. Der Gynäkologe und Allgemeinmediziner aus Göttingen ist zwar selbst strenggenommen kein Flüchtling, aber dennoch persönlich betroffen. Verwandte von ihm befinden sich unter den Opfern, denen die Flucht über das Meer nicht gelang. Und Dr. Trang war damals einer der ersten, die die Flüchtlingsmaschinen in Hannover erwarteten; nicht zuletzt um unter den eintreffenden Landsleuten nach Freunden und Bekannten Ausschau zu halten.

Ende der sechziger Jahre war er aus Südvietnam zum Medizinstudium nach Deutschland gekommen. Nach der Invasion der Nordvietnamesen und der kommunistischen Machtübernahme gewährte ihm die Bundesrepublik zunächst politisches Asyl, später wurde der für seine Schmerztherapie überregional bekannte und angesehene Mediziner deutscher Staatsangehöriger. Seit vielen Jahren engagiert er sich außerdem ehrenamtlich als Präsident des Internationalen Deutsch-Vietnamesischen Komitees für Demokratie und Humanität (IDVK), das unter anderem Opfern des im Vietnamkrieg von den Amerikanern eingesetzten Entlaubungsmittels Agent Orange hilft und armen Kindern Stipendien für den Schulbesuch gewährt.

"Bei unserer Vollversammlung im November haben wir wie jedes Jahr unseren Ministerpräsidenten a. D. Ernst Albrecht gewürdigt und seiner verstorbenen Frau gedacht", betont Trang Xuan Nguyen. "Ich hätte ihn gerne auch noch einmal besucht, aber er wird wegen seiner Demenzerkrankung abgeschirmt. Leider hat seine Tochter Ursula von der Leyen auf meinen Brief nicht reagiert", bedauert der Arzt im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT.

Wenn in Deutschland über Einwanderung debattiert wird oder Integrationsgipfel stattfinden, kommen die ehemaligen vietnamesischen Flüchtlinge nicht vor. Sie gelten als "unsichtbare Minderheit", als bestens integriert und werden in den Medien gern als "Lieblingsmigranten" der Deutschen bezeichnet. Als fleißig, diszipliniert, anpassungs- und leistungsbereit, werden sie beschrieben. Die Eltern legen hohen Wert auf gute schulische Leistungen ihrer Kinder, die proportional häufiger eine höhere Schule besuchen als deutsche. Nicht zuletzt Thilo Sarrazin wies in seinem Bestseller "Deutschland schafft sich ab" auf diese hervorragenden Merkmale hin, die die Nachkommen der vietnamesischen Zuwanderer von denen aus anderen Kulturkreisen, vor allem dem arabischen unterscheiden.

Der Erziehungswissenschaftler Olaf Beuchling begründet dies mit der kulturellen Prägung: "Der Konfuzianismus begünstigte die Herausbildung eines meritokratischen Bildungssystems, in dem das Bewußtsein vorherrscht, daß jeder unabhängig von seinem sozialen Status gesell-

schaftlich vorankommen kann."

Linksradikale wetterten gegen die "Boat People"

"Es liegt an unserer Mentalität", ist Trang Xuan Nguyen überzeugt. Einem alten vietnamesischen Sprichwort zufolge schulde jeder "dem Kaiser, dann dem Lehrer, dann Vater und Mutter gegenüber Respekt". Und eine weitere Verhaltensregel könne die Integrationsbereitschaft seiner Landsleute veranschaulichen: "Wenn ich als Gast ein Haus betrete und die Tür dieses Hauses hinter mir schließe, muß ich die Traditionen und Regeln, die dort gelten, respektieren."

Kritische Stimmen angesichts der Zuwanderung aus Ostasien gab es damals durchaus. Politiker von Union und SPD warnten Anfang der achtziger Jahre vor der weiteren Aufnahme einer großen Zahl von Vietnamesen; dies könne die wohlwollende Haltung der Deutschen den Flüchtlingen gegenüber ändern und zu Ausländerfeindlichkeit führen. Die "Cap Anamur" betreibe faktisch Einwanderungshilfe und unterhöhle so das Asylrecht, bemängelte der Generalsekretär des Roten Kreuzes.

Bayern verhängte einen Aufnahmestopp, Niedersachsen übernahm daraufhin den bayerischen Anteil. Ein neues "Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge" sah schließlich als Kompromiß vor, daß "Boat People", die direkt von der "Cap Anamur" aufgenommen worden waren, in Deutschland bleiben durften. Nach einem vorübergehenden Aufnahmestopp im Jahr 1982 liefen die Rettungsaktionen im Südchinesischen Meer noch bis 1986 weiter.

Die giftigste Polemik gegen die "Boat People" kam jedoch von linksaußen: Für den Schriftsteller Peter Weiss ("Die Ästhetik des Widerstands") war die Flucht aus der roten Volksrepublik ein höchst unmoralisches, defätistisches Unterfangen. Denn im "neuen, sozialistischen Vietnam" müsse schließlich gearbeitet werden. Arbeitslager seien durchaus gerechtfertigt: "Einige Zehntausende, die die Nation gefährden", müßten "in Gewahrsam gehalten werden", so der "Antifaschist" Weiss.

Die linksradikale Zeitschrift Konkret bezeichnete die "Cap Anamur" als ein "Schiff gegen Vietnam", mit dem "viele Schwarzhändler, Zuhälter und ehemalige Kollaborateure der US-Besatzer" herausgeholt würden. Und das von der DDR-Staatssicherheit gesponserte Blatt verbreitete die (unzutreffende) Verschwörungstheorie, in Vietnam könne man "Tickets für die 'Cap Anamur' kaufen".

Zu den Politikern, die sich mehr oder weniger im Alleingang zur Aufnahme vietnamesischer Flüchtlinge entschlossen hatten, zählte auch der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main (und spätere hessische Ministerpräsident) Walter Wallmann (CDU). 250 geflüchtete Vietnamesen aus einem Auffanglager in Hongkong sollten in der Mainmetropole eine neue Heimat bekommen.

Vor Ort wollte man die Leute auswählen, und so schickte Wallmann 1979 eigens seinen Magistratsdirektor in die damalige britische Kronkolonie. Der Name des Spitzenbeamten: Alexander Gauland. "Das Ganze war kaum organisiert, aber die Menschen dort waren heilfroh, daß sich jemand um sie kümmerte", erinnert sich der heutige Fraktionsvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) im Landtag von Brandenburg im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT an seine Expedition von vor 35 Jahren. Daß er helfen konnte, "war nicht mein Verdienst", gibt sich Gauland bescheiden. "Rückblickend denke ich: o Gott, wie unvorbereitet sind wir das angegangen ...!"

Das deutsche Generalkonsulat, dem sein Besuch gemeldet worden war, zeigte sich gar nicht erfreut, im Gegenteil. "Die haben da Gift und Galle gespuckt über die ganze Aktion." Und wie konnte er ohne die Unterstützung deutscher Diplomaten dort zurechtkommen? "Geholfen hat mir - wie das Leben oft so spielt - der Zufall", stellt Gauland amüsiert fest. Das Flugzeug, das ihn von Frankfurt nach Hongkong bringen sollte, hatte eine Panne und mußte in Singapur lan-

den.

Dort sprach ein anderer Passagier Gauland an, "weil ich gerade ein englisches Buch las". Der Gesprächspartner erwies sich als anglo-irischer Aristokrat, der beste Beziehungen zum Gouverneur und zum Polizeichef von Hongkong hatte. Der Lord fand die humanitäre Mission des Deutschen zwar etwas gewagt, doch sympathisch; und er vermittelte Gauland nicht nur eine Einladung in den exklusivsten britischen Club der Millionenstadt, sondern auch Kontakte zu entscheidenden politischen Stellen.

"Die hatten dort eine bewundernswerte Energie"

"Es war ja meine Aufgabe, die vietnamesischen Flüchtlinge auch so auszuwählen, daß sie in eine Metropole wie Frankfurt passen und sich nicht zu sehr umgewöhnen müssen", erläutert Gauland gegenüber der JUNGEN FREIHEIT. Viele der Vietnamesen seien auch erst skeptisch gewesen, in die Bundesrepublik zu kommen. "Die befürchteten, unseren Staat könne vom Osten her dasselbe Schicksal ereilen wie Südvietnam von Norden: die kommunistische Invasion." Doch nur wenige, die kurze Zeit später in der hessischen Hauptstadt landeten, zogen dann weiter, etwa in die USA.

Die meisten seien in Frankfurt und Umgebung tatsächlich heimisch geworden, hätten relativ schnell Anschluß gefunden, auch weil sie von deutschen Familien betreut worden sind. Bis heute bestünden noch viele solcher Kontakte.

Auch Gauland teilt die Überzeugung, daß die relativ reibungslose Integration der ehemaligen "Boat People" hauptsächlich mit deren Anpassungsbereitschaft zusammenhängt. Viele der Vietnamesen, die er damals in Hongkong getroffen habe, hätten schon dort im Flüchtlingslager begonnen, Deutsch zu lernen, um sich auf ein Leben in Frankfurt vorzubereiten, "Die hatten eine Energie, die ich nur bewundern kann", meint der Politiker auch über drei Jahrzehnte später noch voller Anerkennung.

In sein Geburtsland kann Dr. Trang seit 2001 wieder reisen. Obwohl er aus seiner regimekritischen Einstellung keinen Hehl macht, hat er mittlerweile auch zu einigen Vertretern des Staates dort guten Kontakt. Für seine humanitäre Arbeit hat ihm sogar das vietnamesische Rote Kreuz einen Verdienstorden verliehen. Fühlt er sich dabei inzwischen eher als Deutscher? Er sei eben beides, meint der Arzt und stellt fest: "Ich habe zwei Heimaten - aber ich diene Deutschland!"<<

Vietnam

Nach der Pariser Vietnamkonferenz (Februar/März 1973) endet der unmittelbare Kriegseinsatz der Amerikaner. Die nordvietnamesische Armee kämpft jedoch weiter gegen den Süden, Ende April 1975 nimmt sie Saigon ein. Südvietnam kapituliert. In den Jahren nach der Wiedervereinigung zur Sozialistischen Volksrepublik Vietnam fliehen laut Schätzungen etwa 500.000 Vietnamesen auf dem Seeweg vor dem kommunistischen Regime. Etwa 200.000 Menschen sollen dabei umgekommen sein. Deutschland nahm knapp 40.000 vietnamesische Flüchtlinge auf.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Januar 2015: >>>**Der Koran: Eine Tötungslizenz?**

Im Koran findet jeder, was er will: Wer nach Suren sucht, die Gewalt rechtfertigen, wird rasch fündig. Die Behauptung aber, der Koran sei ein Werk, das zur Gewalt aufrufe, ist falsch.

Wer im Koran nach Suren sucht, die Gewalt rechtfertigen, wird rasch fündig. So heißt es in Koran 9:5: "*Sind die heiligen Monate abgelaufen, dann tötet die Beigeseller (Götzendiener), wo immer ihr sie findet, ergreift sie, belagert sie, und lauert ihnen auf aus jedem Hinterhalt.*" Wenig später heißt es in Sure 9:29: "*Kämpft gegen die, die nicht an Gott glauben und auch nicht an den Jüngsten Tag (...), bis sie erniedrigt den Tribut aus der Hand entrichten.*"

Viele andere beschäftigen sich mit Gewalt. So schildert Koran 33:25 die Vernichtung des jüdischen Stamms der Quraiza im Jahr 627. Mit diesen und ähnlichen Stellen rechtfertigen

islamistische Extremisten ihren Terror, mit diesen Textstellen begründen auch viele Nichtmuslime ihre Angst vor dem Islam.

Islamische Theologen diskutieren jedoch, seit der Ausrufung des "Islamischen Staats" durch Abu Bakr al Bagdadi, kontrovers darüber, wie solche und auch andere Koranstellen zu deuten sind. Während die Extremisten im Wortsinn Fundamentalisten sind und einzelne Sätze des aus dem 7. Jahrhundert stammenden Korans auch heute wörtlich anwenden wollen, verweisen die meisten Religionsgelehrten auf den konkreten "Offenbarungsanlaß" (sabab al-nuzul); dabei gilt es, die historischen Umstände von Ort und Zeit, in die hinein die Offenbarung erfolgt ist, zu berücksichtigen, und ein allgemeines Prinzip zu formulieren, das in anderen Zeiten und an anderen Orten als in Mekka und Medina angewandt werden kann.

Zeitgenössische konservative Theologen wie Yusuf al Qaradawi argumentieren beispielsweise in der Auslegung von Koran 9:29, daß die Nichtmuslime in der Frühzeit des Islam den Tribut, also die "Kopfsteuer" (dschizya), zu entrichten gehabt hätten, weil sie vom Militärdienst, zu dem jeder Muslim verpflichtet gewesen sei, befreit waren. Heute gebe es keinen Militärdienst ausschließlich für Muslime, daher könne auch nicht die "Kopfsteuer" erhoben und die Nichtbezahlung zu einem Delikt gemacht werden.

Innerislamische Diskussion

Diese Theologen fordern, auch den jeweiligen Kontext im Koran zu berücksichtigen. So beziehe sich etwa Koran 9:5 nicht auf "Götzendiener" im allgemeinen, sondern - wie Koran 9:7 erläutert - auf jene "Götzendiener", die mittels eines Vertrags einen Bund mit den Muslimen geschlossen hatten, diesen aber einseitig brachen. Aus dem Kontext genommen, klingen einzelne Textstellen wie Tötungslizenzen. Daß sie das nicht sind, zeigt auch die historische Erfahrung: So sind in der Geschichte des Islam die Yeziden, die für die Muslime "Götzendiener" sind, nie systematisch verfolgt worden; das geschieht erst heute.

Jene, die der fundamentalistischen Auslegung der Koransuren zur Gewalt entgetreten, berufen sich auf ganz andere Suren, etwa Koran 5:32: *"Wenn jemand einen Menschen tötet, der keinen anderen getötet, auch sonst kein Unheil auf Erden gestiftet hat, so ist's, als töte er die Menschen allesamt."* Die Behauptung, der Koran sei in seiner Gesamtheit ein Werk, das zu Gewalt aufruft und der Gewalt inhärent ist, trifft nicht zu. Jeder liest heraus, was er will.

Aufschlußreich ist die innerislamische Diskussion, die mit der Ausrufung des "Islamischen Staats" am 29. Juni 2014 eingesetzt hat. Selbst radikale Theologen wie Abu Muhammad al Maqdisi kritisieren Bagdadi und sein Kalifat. Maqdisi hatte als Mentor von Abu Musab al Zarqawi, der 1999 die Vorläuferorganisation des "Islamischen Staats" gegründet hatte, einen erheblichen Einfluß auf diese Bewegung. Bereits 2004 distanzierte er sich von Zarqawi, im Sommer 2014 auch von Bagdadi. Maqdisi lehnte die rohe Gewalt beider ab und bezeichnete den "Islamischen Staat" als eine "irregeleitete Organisation"; er hält aber grundsätzlich an der Idee des Dschihad fest.

Theologisch wichtiger ist der Brief von 126 konservativen Religionsgelehrten aus der ganzen islamischen Welt vom 19. September 2014. Der Brief setzt sich mit 25 Positionen Bagdadis auseinander. Absicht des Briefs ist, Bagdadi als theologischen Dilettanten zu entlarven, der gegen die anerkannten theologischen Prinzipien verstoße, der weder Offenbarungsanlässe berücksichtige noch den Kontext.

Sie erteilen ihm eine Lehrstunde in der Koranauslegung. In ihrer Exegese der Stellen zum Dschihad kommen sie zu dem Schluß, die Waffe Dschihad sei die Reinigung der Seele. Sie verurteilen ausdrücklich das Töten von "Sendboten", zu denen sie neben Diplomaten und Entwicklungshelfern auch Journalisten zählen. So kritisieren sie die Ermordung von zwei Journalisten durch den "Islamischen Staat" mit den Worten: "Was ihr getan habt, ist zweifellos verboten." <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2015 (x887/...):

>>Dschihad auf dem Mittelmeer

Der Massenmord an afrikanischen Christen auf einem Asylbewerberboot war kein Einzelfall. Das Mittelmeer wird nach dem nun bekannt gewordenen Massenmord an afrikanischen Christen durch Islamisten auf einem Asylbewerberboot immer mehr zum Kampfgebiet des "Heiligen Krieges".

In der Straße von Messina, in Sichtweite der ersten Kirchtürme Italiens, haben muslimische Bootsasylbewerber kurz vor ihrer Rettung durch die italienische Marine zwölf christliche Mitreisende unter dem Schlachtruf der Dschihadisten "Allahu Akbar" über Bord geworfen. Die Polizei in Palermo nahm 15 Dschihadisten in Gewahrsam. Die mutmaßlichen Täter stammen aus Mali, Senegal und der Elfenbeinküste; auch ein Minderjähriger war unter ihnen. Ihre christlichen Opfer stammten aus Nigeria und Ghana. 105 Passagiere seien auf dem Schlauchboot gewesen, das in Libyen in See gestochen sei, das nach dem Zerfall seiner staatlichen Strukturen mehrheitlich von den Islamisten beherrscht wird.

Unterwegs hätten ein gutes Dutzend Muslime Drohungen gegen christliche Mitreisende ausgestoßen, die in ihrer Angst begonnen hätten christliche Gebete zu sprechen, und zwölf von ihnen über Bord geworfen. Die andern Christen hätten nur überlebt, weil sie eine Menschenkette gebildet hätten.

Der Religionskrieg ist auf den Asylbewerberbooten und damit an den Küsten Europas angekommen. Nachdem man bislang davon ausgegangen war, daß Bootsasylbewerber ausschließlich wegen eines mangelndem Rettungswesens der europäischen Staaten, der Profitgier der Schleuser, des schlechten technischen Zustands der Schiffe oder der Witterungsverhältnisse ums Leben gekommen seien, wird nun offenbar, daß die Hauptursache der weltweiten Asylbewerberströme, die religiöse Gewalt in Afrika und dem Nahen Osten, nun auch auf den Asylbewerberbooten des Mittelmeeres angekommen ist.

Entsetzt sind Kirchen- und Regierungsvertreter nur in Maßen. Man hat sich an das tausendfache Sterben auf dem Mittelmeer gewöhnt. 3.500 Tote wurden letztes Jahr gezählt, in diesem Jahr sind es schon fast 2.000, 700 davon auf einem einzigen Schiff. In Libyen sollen noch etwa eine Million Menschen auf eine Überfahrt warten. Sofern sie Christen sind, leben sie in der ständigen Angst durch den Islamischen Staat (IS) ermordet zu werden. 28 Christen aus Äthiopien wurden am Wochenende in Libyen vom IS exekutiert.

Jetzt tauchen vermehrt Kenner der Immigration auf, wie die Bürgermeisterin von Lampedusa, die berichten, daß es auch in der Vergangenheit sehr oft zu solch islamistischer Gewalt auf Asylbewerberschiffen gekommen ist. Die Dunkelziffer wird äußerst hoch geschätzt. Über die Gewalt wird jedoch nicht berichtet, weil entweder keine Christen auf den Booten überlebten, niemand diese Morde bekannt gemacht hat und/oder die Medien und die Politik kein Interesse daran hatten.

Für die Aufnahmebereitschaft der Bürger in den EU-Staaten sind solche Morde eine harte Probe, zeigen sie doch mehr als deutlich, daß sich auch unter den Asylbewerbern massenhaft Islamisten befinden, für die religiöse Gewalt, ganz gleich wo, legitim ist. Immer mehr Menschen fürchten auch, daß die islamistischen Terrororganisationen, die ja weite Küstenstreifen Libyens kontrollieren, auch ihre eigenen Leute in diese Boote schleusen und bewußt solche Gewaltausbrüche nicht nur auf den Booten, sondern später auch in europäischen Städten provozieren könnten.

Auch in Asylbewerberheimen in Deutschland berichten vermehrt Christen über Übergriffe durch muslimische Asylbewerber. In den saarländischen Asylbewerberzentren werden deshalb schon Christen von Muslimen getrennt untergebracht. Es ist traurig und unfassbar: Verfolgte Christen fliehen vor islamistischer Gewalt, werden aber auf dem Weg oder in christlich geprägten Ländern, wo sie sich sicher glauben, durch dieselben weiter attackiert.

So grausam, ignorant und unmenschlich die Tat der 15 Mörder in der Straße von Messina war, ist dennoch ein Funke Hoffnung in der Geschichte. Daß es Menschen gibt, die sich gegen diese Unmenschlichkeit gestellt haben, die verhindert haben, daß es weitere Opfer gab, und die dann nach der Rettung in Italien dafür gesorgt haben, daß die Mörder verhaftet wurden. Solche mutigen Menschen werden auch in der europäischen Politik gebraucht.

Eine Politik, die sich angesichts weltweit steigender dschihadistischer Gewalt nicht selbst aufgibt, muß Konsequenzen ziehen. Sie muß angesichts der Tatsache, daß der Anteil religiöser Extremisten unter den Asylbewerbern immer größer wird, Asylbewerberlager in den Herkunftslagern selbst organisieren, dort die Spreu vom Weizen zu trennen versuchen und das Asylrecht für gewaltbereite Islamisten auf den Prüfstand stellen.<<

Herbert Ludwig berichtete am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/...): >>Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?

Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: "*Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht.*"

Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.

Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamophobie oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminten Feld, um Klarheit zu suchen. ...

Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.

Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?

Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran

Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht bestritten. "*So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer unglaubwürdigen Parole.*"

Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Verse appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.

Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der

Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampf-gemeinschaft entwickelt haben.

"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109)."

Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."

"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder Außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Djihad im Islam."

Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruches zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.

Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. *"In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*

Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neuartiges, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*

Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.

Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.

"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspirierte hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder verfielen der Sklaverei."

In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekannte Glaubens- und Kampfgemeinschaft, eine Symbiose eines sozialreligiösen und politischen Systems.

Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, *"war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution."*

Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut ent-

richte. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.

Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure *"enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*

Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.

"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. ... Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."

"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."

"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".

Das Endziel ist erst erreicht, *"wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*

"Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."

Die Gewalt im islamischen Recht

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.

Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als Shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.

Der Dschihad *"als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab ersparte."*

Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den sogenannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.

"Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des

islamischen Rechtes ... erhoben" und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens geregelt.

Die geschichtlichen Eroberungen

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren. In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afghanistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist *"die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren (vom 7.-8. Jahrhundert) ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*

Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. *"Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."*

"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der beriichtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).

Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."

Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."

"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."

Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: *"Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."*

Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren und Unterworfenen streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.

"In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfenen, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften kei-

ne Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer.

Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."

Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort

Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.

Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auftrag an die Muslime.

Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.

Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.

So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:

"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."

Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1800 Mitglieder." (Wikipedia)

Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

Islam und Islamismus sind nicht zu trennen

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsame Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.

Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen

Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".

"Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden." Der Islam sei von Hause aus - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.

"Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran." (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller) Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Islamismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.

Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.

Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.

Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: *"Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*

Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:

"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann. Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht. Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die 'Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2015 (x887/...): >>Blutiger Wahnsinn

Einwanderungsgesetz: Was die Protagonisten in Wahrheit anstreben

Nun unterstützt auch CDU-Chefin Merkel ein Gesetz zur Einwanderung. Was damit bezweckt wird, führt geradewegs ins Chaos.

Erst aus der Deckung kommen, wenn keine Gefahr mehr droht - dies ist die überaus erfolgreiche Taktik von CDU-Chefin Angela Merkel, die sie auch beim Thema Einwanderungsgesetz angewendet hat. Im Januar ließ sie ihren Generalsekretär, scheinbar als Alleingänger, ein solches Gesetz fordern. Der (vormals starke) Widerstand in den eigenen Reihen blieb diesmal verhältnismäßig lau. Also traut sich nach Monaten des Abwartens nun auch die Parteivorsitzende ans Tageslicht und unterstützt neuerdings das Vorhaben.

Vordergründig geht es um die Bündelung der bislang in zahllosen Gesetzen und Verordnungen zersplitterten Zuwanderungsregelungen, die es Ausländern ermöglichen, sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen. In der Tat hat sich hier ein gesetzlicher Dschungel ausgebreitet, der nicht selten zu Ergebnissen führt, die dem gesunden Menschenverstand widersprechen. Warum sollte hier nicht endlich Klarheit geschaffen werden?

Doch die Kritiker in der Union sind nicht etwa gegen Klarheit, sie ahnen vielmehr, daß es in

Wahrheit um etwas anderes geht. Protagonisten von SPD, Grünen und Linkspartei sagen offen, was sie wirklich anstreben: Auf keinen Fall solle so ein Gesetz das bisherige Ausmaß von Zuwanderung begrenzen. Das Wichtigste sei, daß es nicht weniger, sondern mehr Einwanderung gebe, schallt es aus den Reihen von Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei. Erst vor diesem Hintergrund wird der Widerstand in Teilen der Union verständlich. Allerdings ist es ein Widerstand auf verlorenem Posten, da er die Kanzlerin nun offen gegen sich hat, nachdem diese den politischen Wind mit Hilfe ihres Versuchsballons Tauber ausgiebig studieren konnte.

Strenge Auswahlkriterien, die nur solche Ausländer ins Land lassen, die Deutschland benötigt, die integrationswillig und -fähig sind, werden gerade von den Befürwortern eines Einwanderungsgesetzes verbissen bekämpft. Also dürfte ein Gesetz entstehen, das die deutschen Belange ganz hinten anstellt.

Dies in einem Land, in dem die Integration vieler schon hier lebender Einwanderer krachend gescheitert ist. Dieser Tage erst tauchte ein internes Polizei-Papier aus Nordrhein-Westfalen auf, das Dramatisches enthüllt:

In etlichen Städten habe die Polizei die Kontrolle über ganze Straßenzüge an arabische, türkische, rumänische und bulgarische Clans verloren. Sie herrschen jetzt dort, Anwohner und Geschäftsleute werden eingeschüchtert, schweigen aus Angst.

Dies ist nur eine Meldung von Tausenden, die zeigen: Wenn Einwanderung nicht endlich klar gesteuert und begrenzt wird, droht ein blutiges Desaster. Die Antwort der Politikermehrheit darauf aber lautet: "Mehr Einwanderung!" Das Resultat einer solchen Politik heißt Bürgerkrieg.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. August 2015: >>>Asylkrawalle in Suhl als Vorboten: CIA sagt für 2020 europäische Bürgerkriege voraus

Alles eine Frage der Quantität: Zuwanderung kann belebend sein, und Asyl als Menschenrecht von Verfolgten ist nicht verhandelbar. Aber was geschieht, wenn JEDES Auswahlkriterium wegfällt, wenn die Tore bedingungslos geöffnet werden? Dann zerbricht die Logistik, die Organisationskapazität eines Staates früher oder später. Keine Versorgungs- und Integrationsstruktur läßt sich mehr halten: Zum Nachteil der Einheimischen und der Flüchtlinge! Das erleben wir jetzt, nicht nur in Suhl.

Eine solche Belastung staatlicher Kapazität hatte CIA-Chef Michael Hayden im Mai 2008 in der Washington Post prognostiziert. Zuvor hatte eine CIA-Studie gewarnt: Europa könne um 2020 unregierbar und in Bürgerkriege verwickelt sein. Dafür Sorge die sinkende Geburtenrate bei gleichzeitigem Anstieg der Migrationszahlen. Einbrechende Staatsstrukturen hätten zur Folge, daß "rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume" entstehen würden.

Hayden verwies auf die Gefahr eines steigenden Extremismus-Potentials. Dem läßt sich hinzufügen, daß in solchem Falle auch dumpfe Fremdenfeinde hierzulande ihre Chance wittern, Wort und Macht ergreifen könnten, während es für rationale Regulierung dann womöglich zu spät ist.

Laut CIA gelten folgende Länder und Ortschaften als besonders Bürgerkriegs-gefährdet: "In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes (namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg), Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs. Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien."

Deutschland hat in Sachen integrativer Leitkultur ein zusätzliches Problem: Ist es doch bereits in Splittergruppen zerfallen, die sich gegenseitig zerfleischen: Linke gegen Rechte, Demokraten gegen angebliche Antidemokraten, Reiche gegen Arme, Gender contra Familie, Rechtsstaat gegen EU-Diktatur und baldigem TTIP-Terror, kriegslüsterne Politisch-Korrekte (z.B.

"Die Grünen") gegen friedenswillige Putin-Versteher, usw. Sie alle führen bereits publizistischen Bürgerkrieg gegeneinander. Kann aber eine Gesellschaft, deren Mitglieder sich untereinander nicht mehr leiden mögen, einen Integrationskonsens für unbegrenzte Einwanderung erstellen? Das Szenario von Suhl vor wenigen Tagen läßt verzweifeln:

Ein Religionsstreit im Asylantenheim sorgte für Krawall, bei dem auch eine Polizeistation verwüstet, Beamte sowie ein TV-Team attackiert wurden. Und die Reaktion der Politik: Anstatt den Aggressoren unter den Flüchtlingen klarzumachen, daß religiöse Toleranz hier zur Leitkultur gehört, und von ihnen - wenn sie hier leben möchten - gefälligst respektiert werden muß, schlägt Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) getrennte Flüchtlingsunterkünfte für verschiedene Ethnien vor, so das künftiger Zoff verhindert werde.

Geht's noch kriecherischer?!! Denn so "werden die Gewalttäter ja noch belohnt: Indem man schönere Unterkünfte für sie organisiert, wo sie unter sich sind - anstatt zu lernen, wie man tolerant mit Andersgläubigen und Andersdenkenden umgeht, wie es unser Grundgesetz vorschreibt!" (Jürgen Elsässer). Wenn Deutschland nicht untergehen will, darf es solche Schleimer nicht mehr in den Ministersessel wählen.

Ähnliches gilt für die Stadt Essen sowie das Rhein-Gebiet, in dem zunehmend No-go-Areale entstehen, beherrscht von arabischen Straßenbanden. Polizisten, die in Konflikte eingreifen, müssen von Gang-Mitgliedern hören: "Das ist unser Bereich. Wir sind zuständig. Die deutsche Polizei hat uns hier überhaupt nichts zu sagen. Fahrt ihr mal schön wieder, wir klären das untereinander." Jetzt hat sogar das ZDF dem eine Dokumentation gewidmet:

Darin läßt ein Polizist, der über Straßenkämpfe und die Brutalität berichtet, die Beamte dort erleiden, sich nur als schwarze Silhouette filmen. Er traut sich also nicht, sein Gesicht zu zeigen. Aus Angst vor Rache der Straßenbanden? Nein, sondern aus Angst, den Job zu verlieren! Weil ein solches Statement an politische Tabus rüttelt. Aus selbem Grund wollte auch eine Berliner Polizistin für diese Dokumentation nicht gefilmt werden. Auch sie berichtet von Berliner No-go-Arealen, in denen zu wenig Polizisten im Einsatz sind.

Das hat zur Konsequenz, daß die verbliebenen Beamten keine Einsätze mehr riskieren: Nicht nur, daß ihnen Prügel drohen. Zeigt sie nämlich jemand an, können sie ihre Beförderung vergessen. Also hält man sich lieber raus. Politiker, die Schweigen und Rückzug jener fördern, die zur Einhaltung des Rechtsstaats aufgestellt wurden, wollen dessen Untergang. Aber verwundert das? Auf EU-Ebene ist man ja auch schon kräftig dabei. ...<<

Der deutsche Autor Thilo Sarrazin (Volkswirt und ehemaliger SPD-Politiker, von 2002-2009 Finanzsenator im Berliner Senat) berichtete am 2. September 2015 in der schweizerischen Wochenzeitung "DIE WELTWOCHEN" über die kulturelle und ethnische Umwandlung Europas (x884/...): >>Europa schafft sich ab

Als vor fünf Jahren mein Buch "**Deutschland schafft sich ab**" erschien, waren die Analysen und Schlußfolgerungen darin für viele Politiker und Journalisten ein Skandal. Ich mußte viele persönliche, auch ehrverletzende Angriffe erdulden. Die in dem Buch beschriebenen Fakten und Zusammenhänge wurden jedoch konkret nie widerlegt. Die meisten Kritiker scheuten davor zurück, sich mit ihnen näher zu befassen. Die Fakten und Trends, die ich beschrieb, waren nicht neu. Neu war der Zusammenhang, in den ich sie stellte.

1 - Die seit 45 Jahren stabile Geburtenzahl von rund 1,3 Kindern pro Frau bedeutet, daß jede Generation um ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende. Das deutsche Volk altert nicht nur. Ein Anhalten dieses Trends bedeutet vielmehr, daß es sich quasi aus der Geschichte schrumpft.

2 - Die Kinderzahl in Deutschland ist um so niedriger, je einkommensstärker, gebildeter und intelligenter die Eltern sind. Deshalb sinken das intellektuelle Potential und die potentielle Bildungsleistung noch schneller als die Zahl der Geburten. Für diese schiefe Geburtenstruktur ist die spezifische Konstruktion des deutschen Sozialstaats einschließlich des Familienlasten-

ausgleichs wesentlich mitverantwortlich.

3 - Die demografische Alterung und das Absinken des intellektuellen Potentials in Deutschland bedrohen langfristig die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Deutschland.

4 - Einwanderung wäre nur dann eine Hilfe, wenn Bildungsleistung und Qualifikationen der Einwanderer durchschnittlich über dem deutschen Mittelwert lägen. Wegen der spezifischen Struktur der Einwanderung in Deutschland - vorwiegend aus Nah- und Mittelost sowie Afrika - ist dies aber nicht der Fall. Vielmehr senkt diese Struktur der Einwanderung das durchschnittliche Niveau der Bildungsleistung in Deutschland.

5 - Weltweit gibt es zwischen unterschiedlichen Gruppen von Einwanderern signifikante gruppenbezogene Unterschiede, die sich auch in den nachfolgenden Generationen nur langsam abbauen, wenn überhaupt. Generell gilt: Einwanderung aus Fernost erhöht die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft. Einwanderung aus der Türkei, Afrika, Nah- und Mittelost senkt die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft.

6 - Maßgeblich für Qualifikationsniveau und Bildungsleistung von Einwanderern ist ihre Herkunftskultur. Deren Prägung hält über Generationen hinweg an und wird quasi kulturell vererbt. Muslimische Prägung von Kulturen wirkt sich negativ auf das durchschnittliche Qualifikationsniveau und die durchschnittliche Bildungsleistung von Einwanderern und ihrer Nachkommen aus. Dies ist bedeutsam, weil der Anteil dieser Gruppen an den Geburten in Deutschland stark anwächst.

7 - Die Geburtenraten der muslimischen Einwanderer sinken zwar mit der Zeit, bleiben aber tendenziell höher als jene der aufnehmenden Gesellschaft. Die dadurch bewirkte Dynamik in der ethnischen Zusammensetzung und kulturellen Ausrichtung der Bevölkerung in Deutschland wird weit unterschätzt. Diese Art von Einwanderung hält die Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland nur um den Preis einer tiefgreifenden und unwiderruflichen kulturellen Veränderung auf.

Auf meine Thesen reagierten die einen mit Bestürzung, die anderen mit Empörung, viele aber auch mit Unglauben und vagem Optimismus. Fünf Jahre später stellen sich die damaligen Analysen und Projektionen leider als richtig heraus. Wo es Abweichungen gab, kam es eher noch schlimmer als von mir befürchtet.

- Die überdurchschnittliche Kriminalität muslimischer junger Männer hält an, ebenso tun es die Unterschiede in der Bildungsleistung, bei der Transferabhängigkeit und der Arbeitsmarkt-beteiligung.

- Überdurchschnittlich bleiben auch die Geburtenzahlen. Die Segregation in bestimmten Stadtteilen wächst weiter, der Fundamentalismus unter jungen Muslimen nimmt zu.

- Gleichzeitig wachsen radikale Tendenzen in der muslimischen Minderheit, wie die Ausbreitung des Salafismus zeigt. So wurde das Potential herangezüchtet, das Tausende in Deutschland lebende junge Muslime dazu bewog, sich in Syrien und im Irak dem Terrorregime des IS zur Verfügung zu stellen.

Vor fünf Jahren hatte ich in meinen Berechnungen nur sehr vorsichtige Annahmen für die künftige Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis unterstellt. Ich nahm an, daß durchschnittlich jährlich 100.000 Muslime nach Deutschland einwandern würden. Zusammen mit dem veränderten Altersaufbau - mehr Junge - und der höheren Geburtenrate der bereits in Deutschland lebenden Muslime reicht das aber aus, um die deutsche Bevölkerungsstruktur innerhalb weniger Generationen zum Kippen zu bringen. Hätte ich Einwanderungszahlen unterstellt, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ich der Fantasterei und der unseriösen Schwarzmalerei bezichtigt worden.

In allen europäischen Ländern mit muslimischen Minderheiten beobachten wir parallele Ent-

wicklungen. Es ist offenbar gleichgültig, ob die Muslime vor allem aus der Türkei und Nahost stammen wie in Deutschland, aus Nordafrika wie in Frankreich oder aus Pakistan und Bangladesch wie in Großbritannien. Unterschiedlich sind die Reaktionen der nationalen Politik.

- Sehr früh - angestoßen durch die Morde an Theo van Gogh und Pim Fortuyn - ist die Stimmung in den Niederlanden umgeschlagen. Die etablierten Parteien versuchen, durch eine robuste Politik möglichst viele Wähler von einer Unterstützung des fremdenfeindlichen Geert Wilders abzuhalten. Die jüngsten Manöver Angela Merkels wurden in den Niederlanden besonders kritisch kommentiert.

- In Großbritannien ist die Stimmung über alle Parteigrenzen hinweg mittlerweile einwanderungskritisch geworden, und das Land versucht mit Erfolg, sich von der gegenwärtigen Einwanderungswelle abzuschotten. Die Unterschiede in der Einwanderungspolitik könnten den entscheidenden Anstoß dafür geben, daß Großbritannien aus der EU ausscheidet.

- In Frankreich hat der Front national mittlerweile unter den jungen Erwachsenen den höchsten Stimmenanteil, manche sehen ihn schon bei vierzig Prozent. Die allgemeine Lähmung der französischen Politik zeigt sich besonders deutlich in der Einwanderungsfrage: Man möchte zu den Guten gehören, aber noch mehr Einwanderung aus Afrika und Nahost möchte man nicht.

- Italien und Griechenland üben sich in der Kunst des Durchwinkens nach Norden, und je besser ihnen das gelingt, um so mehr Flüchtlinge brechen zu ihren Küsten auf.

- (In) Dänemark hat die einwanderungskritische Dänische Volkspartei mittlerweile alle anderen Parteien überflügelt. Dänemark versucht seine Grenzen jetzt dicht zu halten, und das Zähneknirschen in der Bevölkerung wegen der gewaltigen Probleme mit den bereits eingewanderten Arabern ist überall vernehmlich zu hören.

- Schweden versucht unbeirrt, seine Art von Willkommenskultur zu leben. Da stört es nicht, daß sich die Einwanderungspolitik des Landes schon in schlechteren Pisa-Ergebnissen niederschlägt und Asylbewerber durchschnittlich sieben Jahre brauchen, bis sie in den Arbeitsmarkt integriert sind. Mittlerweile stehen die einwanderungskritischen Schwedendemokraten in den Umfragen bei zwanzig Prozent, aber sie finden keine Verbündeten, weil die Einwanderungsfrage zur Wahl zwischen Gut und Böse stilisiert wird.

- Angela Merkel versucht gegenwärtig offenbar, Deutschland in der Einwanderungsfrage zu einem großen Schweden zu machen. Mich beängstigt es, daß ich in ihrer Einwanderungspolitik keine Ratio erkenne. Und ich weiß gar nicht, was ich schlimmer finden soll: daß sie vielleicht gar nicht weiß, was sie da tut, oder daß sie es mit Wissen und Bedacht gegen die Interessen des deutschen Volkes tut. Angela Merkel scheint hier in einer ganz eigenen Welt zu leben. Vor einigen Tagen wies sie in einer Podiumsdiskussion die Mitverantwortung für den Terror des IS den Deutschen zu, weil von deutschem Boden so viele islamistische Terroristen nach Syrien aufgebrochen seien.

Die naheliegende Folgerung, daß es ohne vorherige muslimische Einwanderung nach Deutschland auch keine muslimischen Terroristen aus Deutschland geben könnte, kam ihr offenbar nicht in den Sinn.

- ... In der Schweiz ist die einwanderungskritische SVP schon seit längerem recht stark, in Österreich wird die von vielen als rechtspolitisch kritisierte ÖVP bei den nächsten Wahlen wohl stärkste Partei werden.

- Das an der Außengrenze des Schengenraums gelegene Ungarn versucht die Kontrolle über seine Grenzen wiederzugewinnen. Es rollt zu diesem Zweck Stacheldraht aus und setzt Wasserwerfer ein. Dafür muß sich sein Regierungschef Viktor Orbán viele Beschimpfungen anhören. Aber er gehört in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage gegenwärtig zu den wenigen europäischen Politikern, die sich nicht scheuen, logisch zu denken und gemäß ihren Einsichten auch zu handeln.

Zur Einordnung der derzeitigen Situation und zur Frage der künftig richtigen Politik scheinen mir vier Gedanken zentral zu sein.

1. Spontane Hilfsbereitschaft, Empathie und Barmherzigkeit sind grundsätzlich positive Antriebe. Menschen, die ihnen folgen, sollten stets gelobt und dürfen nie getadelt werden. Das bringt aber jene, die vernünftige und begründete Einwände erheben und eine andere, restriktivere Politik wollen, von Anfang an in eine moralische Schieflage.

Man muß es leider so sagen: Die emotionale Macht der Bilder erstickt die Betätigung der kritischen Vernunft, und dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen. Die einzige denkbare Heilung davon mag ich mir gar nicht wünschen: nämlich daß negative Erlebnisse und Erfahrungen mit den Folgen der Hilfsbereitschaft diese in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Das wäre mit sehr unschönen Begleiterscheinungen verbunden, niemand kann das ernsthaft wollen.

2. Spontan finden die vielen guten Menschen mit der Bundeskanzlerin an der Spitze den Gedanken abscheulich, Menschen durch Mauern und Zäune von ihrem Streben nach Glück abzuhalten. Darum sollen grundsätzlich alle nach Europa kommen dürfen, die einen Asylgrund haben, also achtzig Prozent der Menschheit. Der einzige legitime Weg, sie davon abzuhalten, besteht aus dieser Sicht darin, in ihren Heimatländern die Gründe für ihren Wunsch zur Flucht und zur Auswanderung zu beseitigen.

Dies aber wiederum ist unreal: Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können immer nur in den betreffenden Ländern selbst, niemals aber von außerhalb gelöst werden. Für Europa ist es aussichtslos, überall in der Welt die Ursachen von Flucht- und Auswanderungswünschen zu bekämpfen. Aussichtsreich ist es allein, sich vor den Folgen dieser Wünsche durch Abschirmung zu schützen.

Holland zum Beispiel liegt seit Jahrhunderten zu siebzig Prozent unter dem Meeresspiegel. "Ursachenbekämpfung" bestünde darin, den Spiegel der Nordsee abzusenken. Das ist aber unreal, deshalb ist Holland von Deichen umgeben. Kleinere Undichtigkeiten dort gibt es immer, mit ihnen kann man umgehen. Größere Risse reißen um so mehr auf - bis hin zum Deichbruch - und setzen einen um so größeren Strom in Gang, je weniger man den Anfängen wehrt. Deshalb müssen die Grenzen Europas umfassend gesichert sein, nur so bleiben Einwanderungsströme beherrschbar.

Deren Potential ist übrigens ungeheuerlich, wenn die Grenzen offen sind: Allein in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung jedes Jahr um 29 Millionen. Sie hat sich dort seit dem Ende des Kolonialzeitalters vor fünfzig Jahren auf knapp eine Milliarde vervierfacht und wird sich gemäß der Uno-Prognose bis zum Ende des Jahrhunderts erneut auf dann zumal vier Milliarden vervierfachen.

3. Die Zuwanderung im Rahmen der jetzigen Flüchtlingswelle hat einen ganz anderen Charakter als die erste Zuwanderungswelle im Rahmen des Gastarbeiterzuzugs: Damals wanderten ausgewählte Arbeitskräfte auf sichere Arbeitsplätze ein - für vorwiegend einfache Tätigkeiten in der Industrie, die es heute so gar nicht mehr gibt.

Die Probleme entstanden, als die meisten dieser Arbeitsplätze durch den Strukturwandel entfielen, und sie entstanden durch den Familiennachzug. So wurden aus 700.000 türkischen Gastarbeitern in Deutschland nach dem Anwerbestopp 3,5 Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland. Und aus höchstens 100.000 Arabern in Deutschland in den siebziger Jahren wurden bis heute eine Million.

Jeder junge Mann aus Nahost und Afrika, der jetzt einwandert, bedeutet über Kettenwanderung, Familiennachzug und natürliche Fruchtbarkeit mindestens fünf Einwohner dieser ethnischen und religiösen Gruppe in zwanzig Jahren. Die eine Million, die voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland aus dem Nahen Osten und Afrika einwandert, ist also tatsächlich die Vorentscheidung für fünf Millionen. Und die 500.000 Einwanderer jährlich ab dem nächsten Jahr, über die Sigmar Gabriel so leichtsinnig sprach, bedeuteten nach dieser Formel tat-

sächlich 2,5 Millionen.

Die Prognosen aus "Deutschland schafft sich ab" werden sich so um Jahrzehnte eher erfüllen, als ich das vorausgesehen hatte, und sie werden analog für alle europäischen Länder gelten, die eine ähnliche Einwanderung zulassen. Das würde in nur wenigen Jahrzehnten eine kulturelle und ethnische Transformation des abendländischen Europa bedeuten, die seinem Untergang gleichkommt (ähnlich, wie das Oströmische Reich im Osmanischen Reich unterging).

4. Der größte Teil der Zuwanderer aus der Flüchtlingswelle und ihres Familiennachzugs wird für lange Zeit auf Transferzahlungen angewiesen sein und als Gruppe (genau wie die heute bei uns lebenden Türken und Araber) Jahr für Jahr weitaus mehr staatliche Leistungen kosten, als er für die öffentlichen Kassen erbringt. Die aufnehmenden Gesellschaften werden dadurch ärmer und nicht reicher. Die Bewältigung künftiger demografischer Lasten aus der europäischen Geburtenarmut wird dadurch erschwert und nicht erleichtert.

Die offene Debatte über diese Fragen wird überall in Europa von den politischen Parteien der sogenannten Mitte mit Bedacht verweigert und verschleppt. Durch ProbleMLEUGNUNG will man verhindern, daß Parteien rechts von der Mitte oder am sogenannten rechten Rand Auftrieb bekommen und den traditionellen Machthabern das Wasser abgraben. Es ist sehr zu hoffen, daß zumindest diese Taktik bald an der durch krasse Fehlentscheidungen geschaffenen kruden Wirklichkeit zerbricht.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. September 2015: >>**Meinungs-diktatur ohne Diktator**

Egal, welchen Kanal man einschaltet oder welches Stück Boulevard- oder "Qualitätspresse" man aufschlägt: Glaubt man, was einem von dort entgegenschallt, befindet sich Deutschland gerade in einem einmütigen nationalen Freudentaumel angesichts des nicht versiegenden Zustroms hunderttausender, wenn nicht Millionen von "Flüchtlings".

Die Deutschen, ein einig Volk von Willkommenskulturberauschten? Wer beim Luftballonsteigenlassen und "Refugees welcome"-Skandieren nicht mittun will, kommt im Medien-Zerrbild allenfalls als finsterer, ressentiment- und angstgeplagter Ausländerfeind vor.

Zuwanderungskritische Parteien tauchen mit ihren Positionen in der Woge gefühlsschwangerer Beiträge wie auf Verabredung praktisch nicht mehr auf, selbst maßvolle Warner finden sich in den Dauerschwatzsendungen der zwangsgebührenfinanzierten, von Parteien und Lobbyvertretern fest im Griff gehaltenen Staatssender allenfalls in Allein-gegen-alle-Konstellationen, in denen ein halbes Dutzend Hypermoralisten sich gemeinsam mit dem Moderator an ihnen abarbeitet.

Kollektives Totalversagen der deutschen Medienlandschaft

Selbst wer nur Fakten aufzählt oder auf die Einhaltung von Regeln und Gesetzen pocht, wird in dieser Lage ohne viel Federlesens pauschal unter Extremismus- und Ausländerhaßverdacht gestellt und mit dem Nazimeter zum Schweigen gebracht.

Kritische Stimmen wie Thilo Sarrazin oder der CSU-Politiker Hans-Peter Friedrich, die den medialen Konformismus geißeln, sind rare Ausnahmen im medialen Einheitsbrei, der von Journalisten wie jenem Radiomoderator angerührt wird, der kürzlich sein Mitwirken an einer Popanz-Kampagne ankündigte, dabei das bekannte Hajo-Friedrichs-Diktum zitierte - "ein guter Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten" - und mit einem fröhlichen "aber da pfeif ich jetzt einfach mal drauf" gleich über Bord warf.

Offenbarungseide wie dieser sind symptomatisch für die Kernschmelze und das kollektive Totalversagen der deutschen Medienlandschaft. Professionelle Standards werden bedenkenlos geopfert, um nur ja um jeden Preis auf der "richtigen" Seite zu stehen.

Alle tuten in dasselbe Horn

Selbst wenn nur eine Minderheit der Bürger einer millionenfachen Asyl-Einwanderung skeptisch gegenüberstünde - an der Aussagekraft einschlägiger Umfragen darf man angesichts der

Schweigespirale, die von der massiven, einseitig-moralisierenden Dauerberieselung durch Politik und Medien unweigerlich in Gang gesetzt wird, getrost zweifeln: Zum Wächteramt unabhängiger Medien gehörte es ja gerade, Verdacht zu schöpfen, wenn alle einer Meinung sind, Minderheiten und abweichende Positionen zu Wort kommen zu lassen und Ereignisse und Politikerhandeln nicht einfach hinzunehmen, sondern kritisch zu hinterfragen.

Statt dessen sonnt man sich im Wohlgefühl der Meute, sich gegenseitig beim Tuten in dasselbe Horn noch zu überbieten. Das Ergebnis trägt bedrohlich totalitäre Züge der Selbstgleichschaltung, der freiwilligen Unterwerfung unter kollektive Denkverbote, einer selbstregulierenden de-facto-Meinungsdiktatur ohne Diktator.

Einladung zum Freibier für die ganze Welt

Wo Fakten gezielt ausgeblendet werden und Boten, die sie dennoch überbringen wollen, mit Schmähungen überzogen werden, entsteht ein gefährlicher Tunnelblick, der blind macht für Realitäten. Während Politik und Medien sich gegenseitig versichern, wie vorbildlich doch die deutsche "Willkommenskultur" für den Rest der Welt sei und wie sehr man dafür bewundert und geliebt werde, während man in arroganter Großmannssucht auf kleinere Länder herablickt, die den Heilsweg von Islamisierung und Bevölkerungsaustausch nicht mitgehen wollen, und sie mit Drohungen und Herabsetzungen überzieht, mehren sich im nüchtern geblieben Ausland die Stimmen, die an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen zweifeln und unsere Republik für einen "gefühlbetonten Hippie-Staat" halten.

Der Ansehensverlust ist nicht die einzige Negativfolge des politisch-medialen Tunnelblicks. Auf die wanderwilligen Millionen, die noch in den Herkunftsländern der Asyl-Immigranten warten, wirkt die nach außen zelebrierte ekstatische "Willkommenskultur" wie eine Einladung zum Freibier für die ganze Welt, mit Angela Merkel als der noch im fernsten Winkel verehrten Schutzheiligen der Spendierhosen.

Gutwilligkeit und Hilfsbereitschaft wird mißbraucht

Den Bürgern, die die Zeche bezahlen, dämmert dagegen zunehmend, daß ihre Gutwilligkeit und Hilfsbereitschaft mißbraucht wird, wenn Recht und Gesetz willkürlich und dauerhaft ignoriert werden, und daß niemand ihre Sorgen und Nöte öffentlich vertritt - ein idealer Nährboden für extreme Antworten und Verzweiflungstaten, erst recht, wenn jeder noch so zaghafte Widerspruch reflexhaft und unbarmherzig in diese Ecke gestellt wird, um die Schwarz-Weiß-Zeichnerei noch weiter auf die Spitze zu treiben.

Das treibt zwangsläufig auf eine Situation zu, in der die Diskrepanz zwischen dem schön gemalten medialen Schein und der von den Bürgern wahrgenommenen harten Realität auch mit noch so sehr gesteigertem Propagandaaufwand nicht mehr übertüncht werden kann. Das Erwachen aus dem hochmoralischen Rausch könnte schon bald in einen häßlichen Kater münden.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. September 2015 (x892/...): >>Masseneinwanderung: Wird die Demokratie abgeschafft?

Unabhängig davon, wie man zu der derzeitigen islamischen Masseneinwanderung von geschätzten 800.000 bis eine Millionen Menschen aus dem arabischen Raum denken mag, fällt in den Medien und der sogenannten "Öffentlichkeit" ein erschreckendes Verhalten auf: Jede Art einer offenen Debatte über diese Einwanderung wird in Deutschland bereits im Kern erstickt. Wer nicht jubelt, spendet oder andere gutmenschliche Aktivitäten betreibt, wer Fragen stellt, gilt zumindest als "rechtsradikal" meist aber als "Nazi". Dabei betrifft die völlig unkontrollierte Masseneinwanderung inzwischen fast alle Menschen, die in Deutschland leben, und sie wird unser Land vollständig verändern, denn bei einer Million bleibt es nicht: bis 2020 werden für Deutschland 4,5 Millionen Zuwanderer erwartet.

Da die überwiegende Mehrheit dieser Einwanderer aus islamischen Staaten kommt und in einer vollkommen anderen Kultur aufgewachsen ist, werden diese Massen unser Land in nur

wenigen Jahren vollständig verändern. Schon jetzt halten sie sich nicht an Gesetze und europäische Regeln, sondern setzen mit Gewalt ihren Willen durch. Bereits heute leben etwa 4-5 Millionen Moslems in Deutschland. Mit der Zuwanderung werden es bis 2020 dann etwa acht Millionen (!!!) sein. Das sind 10 Prozent der deutschen Bevölkerung. Wollen wir das?

Über die Folgen der Einwanderung aus einem fremden Kulturkreis, der dem Christentum feindlich gesinnt ist, muß offen gesprochen werden. Die Sorgen und Nöte der Menschen, die jetzt nur unter vorgehaltener Hand geäußert werden, müssen ernst genommen und bei den politischen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden, damit es nicht zu Gewalttätigkeiten beider Seiten kommt. Darauf beruht die Demokratie, daß Probleme, die alle betreffen, auch von allen gemeinsam gelöst werden. In Deutschland ist das nicht der Fall, im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern, die deshalb auch kaum noch "Flüchtlinge" aufnehmen. Die Slowakei hat sich bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen, aber nur Christen, da diese sich integrieren lassen. Eine weise Entscheidung.

Doch Länder, wie Tschechien, Ungarn, die Slowakei oder Slowenien, die sich weigern, ihr Gemeinwohl zugunsten einer Ideologie zu ignorieren, werden in den Medien beschimpft und mit Verachtung bestraft.

Daß die Roten aus Linkspartei, "Grünen" und SPD diese Masseneinwanderung begrüßen, ist nachvollziehbar, denn aus diesen Reihen kommt der Propagandaspruch "Nie wieder Deutschland!". Sie sehen hier die Möglichkeit, die deutsche Kultur zu vernichten. Doch warum laufen ganz normale Menschen diesen Gesellschaftszerstörern hinterher?

Zum Teil ist das durch die "Schweigespirale" zu erklären und durch die massiven unterschwelligeren Drohungen in den Medien, von seiten der Politik und von Angela Merkel gegen jede Kritik.

Es gibt eine Menge Fragen der Menschen, die sich auf irgendeine Weise Luft verschaffen werden:

Warum kommen auf einmal so viele Menschen zu uns? Woher haben diese Menschen das Geld für die Schlepper? (der Preis für die Einreise in die EU soll durchschnittlich 11.000 Euro kosten). Woher haben nahezu alle "Flüchtlinge" Smartphones? Warum sind es fast 90 Prozent junge, kräftige und starke Männer, die zu uns kommen? Warum werden gleichzeitig in den Medien überwiegend Mütter und Kinder gezeigt? Warum sind unter den Flüchtlingen kaum Christen, obwohl diese zu den wirklich Verfolgten gehören? In welchen Haushaltsbereichen soll künftig gespart werden, um die Milliardenbeträge für die "Flüchtlinge" zu bezahlen? Wann kommt die nächste Steuererhöhung zur Finanzierung der Masseneinwanderung?

Es gibt viele solcher Fragen. Warum darf darüber nicht öffentlich gesprochen und gestritten werden? Warum ist jeder rechtsradikal oder Nazi, der solche Fragen stellt? Sind in Deutschland nur noch Linke gesellschaftsfähig?<<

Der Däne Jens Kristian Bech Pedersen (pensionierter Oberstleutnant) schrieb wegen der Masseneinwanderung von Migranten am 12. September 2015 folgenden "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x856/...):

>>Liebe Frau Merkel, geehrte Kanzlerin von Deutschland!

Ich bin Däne, darum bin ich natürlich auch EU-Bürger. Als solcher muß es mir erlaubt sein, daß ich mich öffentlich an Sie wende.

Über Jahrzehnte habe ich Deutschlands Politik und Rolle in Europa seit dem 2. Weltkrieg verfolgt. Deutschland hat sich sehr stark für den politischen Frieden, Angleichung zwischen den Ländern und für die Entwicklung zur Zusammenarbeit in Europa eingesetzt. Darum war Deutschland immer die große Triebkraft für eine engere Integration und Union zwischen den Ländern Europas, für die freie Beweglichkeit, für die Aufhebung der nationalen Grenzen – ja, und für die stetige Minimierung der Bedeutung und Rolle der Nationen in Europa. Es ist deutlich, daß diese Politik von Deutschlands nationalem Trauma des Nationalsozialismus und

Deutschlands eigener Aufarbeitung gesteuert wurde. ... Verzeihung!

In keiner Weise möchte ich die alte wohlbekannte und böse Nazi-Beschuldigung Deutschland und den Deutschen an den Kopf werfen; weit gefehlt! Das fürchterliche Schicksal, daß der Nationalsozialismus über die europäischen Völker und Deutschland selbst gebracht hat, hätte aus jedem Volk dieser Erde erwachsen können, die Geschichte kennt viele Beispiele solch religiöser Gewalt- und Machtausübung. Vielmehr preisen wir uns heute glücklich, Nachbar eines lebensstarken und sehr inspirierenden Deutschlands zu sein. Die ganze europäische Geschichte hindurch und auch heute verdanken wir Deutschland so viel: Sprache, Kultur, Literatur, Kunst, Politik, industrielle Kraft, Handel und Marktmöglichkeiten. Hier sind Viele, die Deutschland bewundern. Hier sind Viele, die sich über Reisen in Deutschlands Landschaften und Städte freuen, und wir lieben es, deutsche Literatur und Zeitungen zu lesen.

Es ist wichtig, daß der Nationalsozialismus heute nicht in Form eines großen deutschen Schuldkomplexes existiert, sondern (nur) als wichtige historische Erfahrung, die uns lehrt, welch große Kraft die Nationalität ist und warum sie deshalb weder pervertiert, unterdrückt noch aufgehoben werden sollte. Zum großen Schaden für Europa ist das nicht so.

Deutschland fürchtet sich vor sich selbst und seiner eigenen Nationalität. Die ganze deutsche Politik in Europa ist eine ewige nationale Entschuldigungspolitik wegen der Pervertierung des Nationalen durch den Nationalsozialismus. Darum zwingt Deutschland allen anderen Ländern ständig den gleichen Schuldkomplex und die gleiche Unterwürfigkeit gegenüber dem Nationalen auf. Deutschland will sich als Nation abschaffen: Deutschland schafft sich ab (auf deutsch geschrieben), weil Deutschland dieses verkrampfte, neurotische, unvernünftige, ja, gänzlich unreife Verhältnis zur Nationalität hat. So definiert Deutschland weiterhin seine Politik mit einer negativen Abhängigkeit zum Nationalsozialismus.

Das ist gefährlich; das ist heute Europas große politische und gesellschaftliche Tragödie. Und so ist es Deutschland, das wieder Europas Länder in schicksalhafte und vielleicht katastrophale Konflikte hineinzieht – selbst wenn Deutschland das Gute wollte.

Weder ein Mensch noch Volk kann sich ewige Buße oder Selbsterstörung auferlegen, ohne daß es in Krankheit und Unnatürlichkeit endet und vielleicht mit einem selbstgerechten und gewaltsamen Versuch, anderen die gleiche Buße und schuldbewußte Haltung aufzuzwingen. Jeder Mensch oder jede bürgerliche Identität wird sich erheben und sollte das dürfen. Es ist gefährlich, die nationale Wirklichkeit zu ignorieren. Egal, ob man es mit Nationalsozialismus, durch eine negative Abhängigkeit des Nationalsozialismus oder wie heute über einen supranationalen internationalen Sozialismus macht.

Der Nationalsozialismus pervertierte das Nationale. Er machte das Nationale zu einer Religion, die den Überfall der so geheiligten deutschen Nationalität auf andere Nationen rechtfertigte. ... Ein Unglück war das! Aber es ist nicht die Nationalität selbst, die pervers ist, sondern die religiöse Pervertierung der Nationalität. Der Nationalsozialismus kann wahrlich die Nationalität als notwendig, gesund, glücklich, lebensstüchtig und unausrottbare Realität im Leben der Menschen und Nationen nicht aufheben. ...

Der Kommunismus und der internationale Sozialismus, der heute immer noch sein gefährliches Spiel treibt, war eine Pervertierung des Nationalen. Der internationale Sozialismus hat – als Fortsetzung des Sowjetkommunismus – das Internationale zu einer Religion gemacht, die den politischen Überfall auf das Nationale und auf Nationen als selbständige Faktoren der Politik rechtfertigen soll. Dieser internationale Sozialismus, Internationalismus, sorgt noch heute für unnatürliche Beziehungen zwischen den Nationen Europas. Und Deutschland ist zusammen mit Frankreich die treibende Kraft. ... Das Nationale ist die Voraussetzung für das Internationale; man kann das Internationale nicht durch die Aufhebung des Nationalen fördern. ...

Wenn Sie und Deutschland jetzt so eifrig Europas Migrationsprobleme mit einer gemeinsa-

men europäischen Verteilungs-Vereinbarung lösen wollen, dann verbreitet Deutschland das Problem. ...

Man kann keinen Brand löschen, indem man ihn verbreitet. Sie können als deutsche Toppolitikerin und Bundeskanzlerin nicht umhin, die Größe und Bedeutung dieser Probleme zu sehen und zu hören, wie alle Gesellschaften in Europa verängstigt auf die Vorkommnisse reagieren. Wie können Sie so hartnäckig darauf bestehen und dagegen vorgehen, daß Europas Nationen dafür kämpfen, das zu verteidigen, was sie haben und das, was sie selbst sind?

Deutschland ist eine große, starke und einflußreiche Nation. Deutschland sollte vorangehen mit der Verteidigung der Menschen in Europa gegen die katastrophale Masseneinwanderung: Starke Überwachung und Schließung der Außengrenzen der EU – mit der Härte und dem Zynismus, die das erfordert.

Zum Beispiel mit einer starken maritimen Flotte im Mittelmeer. Stoppen Sie die Völkerwanderung über das Mittelmeer (Beispiel: Australien). Kontrolle und Bewachung von allen Binnengrenzen Europas und der EU. Rückführung von illegalen Flüchtlingen und Einwanderern. Aber zur gleichen Zeit Hilfe für die Länder außerhalb Europas, die unter den Flüchtlingsproblemen leiden, z.B. mit dem Aufbau und starker militärischer Bewachung der Flüchtlingsdörfer. ...

Aber wir können deutlich an der Politik die Deutschland in der EU und auch in der aktuellen Einwanderungsfrage verfolgt, merken, daß Deutschland die Länder Europas als Nationen, die etwas zu verteidigen haben, nicht respektiert. In der heutigen Situation ist Deutschland unsolidarisch.

Und die Ursache ist: Deutschland respektiert sich selbst nicht. Die Deutschen dürfen nicht sagen: Wir sind das Volk. Und die Deutschen dürfen sich nicht als Volk verstehen und verteidigen. Und Deutschland will offenbar auch nicht respektieren, daß Nachbarländer sich so verstehen und das sagen. Deutschland schafft Europa ab.

Es ist eine Tragödie, Zeuge sein zu müssen, daß Deutschland Europas Nationen nicht verteidigen kann und will, weil Deutschland sich selbst nicht verteidigen will. Wünscht sich Deutschland wieder, den größten Teil Europas gegen sich zu haben, weil deutsche Politiker nicht verstehen wollen, was Nationalität für die europäische Gesellschaft bedeutet?

Das Beste, das heute Europa geschehen könnte, wäre, wenn Deutschland seinen Selbstrespekt für seine eigene Nationalität und als Volk wiedergewinnen würde, und mit diesem Selbstbewußtsein anfangen würde, die Nationalitäten der übrigen europäischen Länder zu respektieren und ihnen bei der Verteidigung ihrer Nationalitäten unterstützen würde.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. September 2015:

>>**Der Asylkrieg gegen Deutschland**

Von Nikolai Starikov

"Wie England und die USA die Flüchtlinge rufen ... nach Deutschland"

Die Tatsache, daß die buchstäblich eingeführten Flüchtlinge fast ausschließlich nach Deutschland gehen, kam mir von Anfang an suspekt vor. Aber das folgende Material, welches ich hier auslege, erklärt so einiges. Es zeigt den Mechanismus des Informierens und des Steuerns der Flüchtlingsströme, der heute genutzt wird, um Deutschland gezielt mit einer Welle von Flüchtlingen zu überschwemmen. Warum ausgerechnet Deutschland? Es ist reine Geopolitik und nichts anderes. Es stellt sich heraus, daß die USA und England Flüchtlinge gezielt einladen ... nämlich nach Deutschland.

"Zwei verbündete angelsächsische Länder laden gezielt Flüchtlinge ein ... zu den Deutschen!"

Dieser Artikel veranschaulicht, wie einige Informationstechnologien den riesigen Strom von Flüchtlingen in bestimmte europäische Länder steuern. Zielgerichtet lassen die Angelsachsen Deutschland mit eine Welle von Flüchtlingen überschwemmen, da eine souveräne und starke

Politik Berlins eine gewisse Gefahr für Washington darstellt. Nachdem der russische Wissenschaftler Wladimir Schalak den Artikel in "Komsomolskaja Pravda" gelesen hatte, beschloß er eine eigene Untersuchung im Internet vorzunehmen. "Ich habe einen sehr interessanten Artikel von Uljana Skojbeda in der 'Komsomolka' gelesen: 'Die Chronik zum Untergang Deutschlands', sagt Wladimir Schalak. "Er hat mich fasziniert. Also wollte ich selbst herausfinden, was denn in Wirklichkeit dort vor sich geht. Woher kommt eine solche Flut an Migranten? Zu diesem Zweck habe ich mir das Netz des Mikrobloggerings bei Twitter als Informationsquelle herausgesucht."

HERZLICH WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND!

Warum genau Twitter, Wladimir Iwanowitsch?

"Twitter reagiert sehr schnell auf alle Ereignisse in der Welt. Nahezu in der Minute nach dem Geschehenen. Auch viele verschiedene Meinungen werden dort vertreten. Neben vielen anderen Dingen hat man noch die Möglichkeit, zusätzliche Informationen herauszufinden: Wer genau hat getwittert, von wo usw. Auf den Spuren der "Komsomolka" begann ich meine Untersuchungen mit Hilfe der Methode einer Inhalts-Analyse (content analysis).

Was für eine Methode ist das?

"Texte zu lesen ist das eine. Verschiedene Leute interpretieren sie dementsprechend auf verschiedene Art und Weise." Tatsächlich finden bis jetzt hitzige Debatten rund um den Artikel mit den Chroniken über den Untergang Deutschlands von Frau Skojbeda statt. So manche ehemaligen Landsleute schreiben, daß in ihrem Vaterland alles ruhig sei und lediglich die russische Medienlandschaft diese Hysterie erzeugen würde - Kreml - Propaganda eben. Die Reaktionen des Generalsekretärs der UNO, der deutschen Bundeskanzlerin und anderer europäischen Führungskräfte zeigen jedoch, daß die Situation durchaus brenzlich ist. ...

"Es existiert eine absolut strikte Analyse-Methode, die auf der Häufigkeit aufgetauchter Wörter oder Wortkombinationen in Texten, Überschriften etc. beruht. Damit beschäftige ich mich schon seit 22 Jahren. Mein Fachgebiet ist Logik. Nach meiner Aspirantur habe ich sieben Jahre im Forschungszentrum für künstliche Intelligenz in Pereslawl-Salessk gearbeitet, wo ich mich mit der Inhaltsanalyse (content analysis) von Texten beschäftigt habe. Hinzukam auch die Arbeit im Internet. Dafür habe ich spezielle Computerprogramme entwickelt. Die Inhaltsanalyse ist eine sehr strenge Methode. Falls bei jemandem plötzlich Fragen aufkommen sollten, kann man sich immer auf konkrete Quellen beziehen und belegen, daß dies nicht meiner Phantasie entspringt, sondern der ernste Realität ist.

Mit Hilfe des Sky-Systems habe ich die Suche nach Meldungen unter dem Wort "refugees" (Flüchtlinge) in Auftrag gegeben. Dies tat ich bei Twitter und zwar nur für Originalmeldungen. Es mußte also eine Person sein, die den Tweet selbst verfaßt hat und das Wort dabei verwendet hat. Wenn man die Re-Tweets hinzunehmen würde, kämen hunderttausende Suchresultate dabei heraus, was das eigentliche Bild trüben würde.

Schnell fanden sich über 19.000 Texte bei Twitter. Dann war es interessant herauszufinden, welche europäischen Länder in diesem Kontext am meisten erwähnt worden sind. Für diese Analyse habe ich folgende Länder gewählt: Österreich, Belgien, Bulgarien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Rumänien, Serbien, Slowakei, Schweden und zuletzt die Ukraine.

Es zeigte sich, daß Deutschland allein im Kontext der Flüchtlinge in der Hälfte aller Mitteilungen erwähnt wurde. Das heißt, zweieinhalb Mal öfter als sein Nachbar Österreich, und fast fünf Mal häufiger als Ungarn, durch welches Zehntausende Flüchtlinge fahren. England war mit bescheidenen 6 % vertreten und landete somit auf dem vierten Platz. Die Häufigkeit der Erwähnung der anderen Länder ist gar nicht erst nennenswert. ...

Also was geschieht denn nun in Deutschland? Wenn man sich ausschließlich auf die Tweets beschränkt, in welchen Deutschland erwähnt wird, so handeln 93% von der Begeisterung über

die Gastfreundlichkeit und der humanen Politik der Deutschen in Bezug auf die Flüchtlinge.

...

Ich bemerkte die außerordentliche Popularität des Ausspruchs: "Welcome, refugees!". Daraufhin habe ich nur noch gezielt nach diesen Worten gesucht und fand 5.704 Ergebnisse unter den Original-Tweets mit der Wortkombination "Welcome, refugees". ...

Eine beeindruckende Statistik!

"Deswegen hatte ich den Verdacht, daß mit Deutschland etwas nicht stimmen kann. Wie mein Kollege Michail Dimschiz gerne scherzt: Selbst wenn Sie paranoid sind, heißt es nicht, daß Sie niemand verfolgt. Klar, das Leben in Deutschland ist gesichert und für Migranten gibt es eine gute finanzielle Unterstützung. Doch es gibt auch andere wohlhabende Länder in Europa. So wie England, Frankreich, Schweden, Norwegen ...

"Auf Twitter wird jedoch hauptsächlich nach Deutschland eingeladen! Das hat mein Interesse geweckt. Also habe ich meine Untersuchungen am Computer fortgesetzt. Dieses Mal habe ich mir die Accounts mit der Begrüßung "Welcome, refugees" und "Deutschland" angesehen. Dabei habe ich lediglich die Accounts gewählt, bei welchem die regionalen Angaben vorhanden waren. ...

So seltsam es erscheinen mag, aber Deutschland selbst ist mit lediglich 6,4 % auf dem dritten Platz gelandet. Die ersten zwei Plätze belegen seine treuen Freunde: England mit 19,2 % und USA mit 17,0 %. Interessant ist, daß bei den anfänglichen Untersuchungen der prozentuale Anteil Englands und der USA um das Zweifache geringer war als jetzt.

Die Moral der Geschichte ist die, daß Deutschland gar nicht so darauf versessen ist, daß es von einer Unmenge an armen Flüchtlingen überfüllt wird. Der Rest der Welt jedoch, allen voran die USA und England, bitten die Flüchtlinge unter Tränen, die traditionelle Gastfreundlichkeit der Deutschen zu nutzen."

Was haben wir also? Zwei angelsächsische verbündete Länder laden die letzten Wochen gezielt Flüchtlinge nach Deutschland ein! Das ist eine erstaunliche Entdeckung, die Sie da gemacht haben, Wladimir Iwanowitsch. Herzlichen Glückwunsch! Jetzt sieht man, woher der Wind weht, der den humanitären Ausnahmestand mit den Migranten in Europa zu verantworten hat. "Durch die Analyse ist mir klar geworden, daß die Flüchtlingsflut, die mittlerweile auch als Völkerwanderung bezeichnet wird, eine gezielte Kampagne ist. Aber begeben wir uns noch tiefer in den Bau ..."

Wer könnte das Kommando dafür gegeben haben? Obama? Cameron? US-Außenminister Kerry?

"Diese Akteure werden sich natürlich nicht bei Twitter profilieren, das ist klar.

Aber die exekutiven Kräfte, die eindeutig gleichzeitig, wie auf ein Kommando handeln und die Flüchtlinge zu den Deutschen schicken, sind dennoch interessant." ...

Boots aus Texas

"Die weitere Analyse zeigte, daß sich diese Angelegenheit nicht auf einzelne Enthusiasten beschränkt", erzählt Wladimir Schalak. "Zur Hilfe kamen eine Reihe von Bots. Es gibt verschiedene Methoden, die es erlauben herauszufinden, ob es sich bei den Accounts, die tweeten, um von Menschenhand verfasste Meldungen handelt oder um Computerprogramme, die von außen gesteuert werden - sogenannte "Bots"."

Man kann bei Twitter also nichts verbergen! ...

Um die Leute auf die Straße zu bringen und das mit Angabe der Adresse, da reichen 140 Zeichen allemal

"Übrigens, in Libyen benutzte die NATO Twitter, um an Koordinaten für militärische Angriffspunkte im Kampf gegen Gaddafi heranzukommen. Es wurde eine Reihe von speziellen Accounts erstellt, zwischen denen ein Informationsaustausch stattfand. Zum Beispiel reitet irgendwo ein Mann auf einem Kamel und sieht einige Panzer, die Gaddafis Militär angehören.

Sofort schickt er einen Tweet samt Standortinformation und macht sich schnell vom Acker. Kurz darauf startet die NATO einen Raketenangriff gegen die Panzer. Heute wird Twitter zum Instrument eines Massenexodus. Mithilfe dieser Plattform wird eine Völkerwanderung organisiert."

Die deutsche Lokomotive wird gebremst

Warum organisiert man denn eine große "Völkerwanderung" bzw. eine "Invasion"?

"Eine eindeutige Antwort auf diese Frage zu finde ist schwer. Ich kann nur einen Versuch wagen.

Zum einen sind da die Deutschen, die immer noch von ihrem Schuldkomplex in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg geplagt werden. Der Wunsch, sich von den Sünden der Vorfahren reinzuwaschen, bewegt sie dazu, nahezu brutkastenähnliche Zustände für die Armen aus den Kriegsgebieten Afrikas und des Nahen Ostens bereit zu stellen. Damit sie wieder einmal der ganzen Welt beweisen können, daß sie doch keine Nazis sind."

Ja, das Schuldgefühl wurde den Deutschen tief eingehämmert

"Flüchtlinge sollte man nicht mit Migranten verwechseln, da dies Leute verschiedener Kategorien sind. Für Flüchtlinge gelten vereinfachte Formen für Registrierung und die Unterstützung durch Sozialhilfe (samt Unterkunft). Nun werden aber soziale Netzwerke und Massenmedien dazu genutzt, um die Flüchtlingswelle ausgerechnet nach Deutschland zu leiten. Das Land stöhnt bereits aufgrund der Flüchtlingskrise und droht damit das Schengener Abkommen nicht einzuhalten. Der Schuldkomplex der Deutschen wird also ausgenutzt.

Vor diesem Hintergrund sieht es fast wie eine Verhöhnung aus, wenn die USA 1.500 syrische Flüchtlinge Ende September aufnehmen wollen. Ebenso klingt die Nachricht, daß die Staaten 5.000-8.000 Flüchtlinge im nächsten Jahr hereinlassen wollen. Heute jedoch, überqueren jeden Tag tausende Leute die Grenze nach Deutschland. Erneute Ankömmlinge pochen auf ihre Rechte und verlangen eine komfortable Behausung. Flüchtlinge leben gut für die ihnen ausgezahlten Gelder und streben meist nicht danach, einen Arbeitsplatz zu finden oder sich in die deutsche Kultur zu integrieren.

Die Kriminalität wächst: Vergewaltigung, Diebstahl, Mord, Ausraubung und Drogenhandel. Auch IS-Kämpfer werden samt der Flüchtlingswelle miteingeschwemmt. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die Tendenzen für die Zukunft ausmalen zu können. Von dem Deutschland, das wir einst kannten, können wir uns für immer verabschieden. Keiner von denen, der dorthin kommt und Hilfgelder vom Staat erhält, wird jemals zurück nach Libyen, Syrien, Irak usw. wollen."

Noch vor kurzem sagte man, Deutschland nehme bis Ende dieses Jahres 800.000 Flüchtlinge auf. Nun hat sich die Zahl laut Prognosen auf bis zu einer Million erhöht! Und das allein in diesem Jahr!

"Dadurch wird es unvermeidlich, daß rechte Parteien an Zuwachs und Einfluß gewinnen. Deren Anhängerschaft wird größer, es gibt Auseinandersetzungen und es wurden sogar schon Flüchtlingsheime angezündet. Da die Flüchtlinge meist junge Männer sind und mehr Erfahrung im Umgang mit Waffen, wie z.B. Messern, besitzen als der einheimische Deutsche, werden sie sich gekonnt zur Wehr setzen. Sie blockieren bereits ganze Straßen, wo sie ihre Rechte verlangen. Und je weiter es geht, desto mehr wird es. Man kann also mit einer Destabilisierung im Landesinneren Deutschlands rechnen. Konflikte religiöser, nationaler und kultureller Art sind vorprogrammiert. Da erinnert man sich doch an das prophetische Buch von Elena Chudinova "Moschee der Pariser Gottesmutter" ("Mechet Parizhkoj Bogomateri").

Deutschland wird als Lokomotive der EU bezeichnet und es durchlebt gerade schwere Zeiten. Die Zerstörung Deutschlands bedeutet die Zerstörung der EU und ganz Europas. Ist es nicht womöglich das Ziel der Hegemonie aus Übersee und ihres treuen Verbündeten, Englands, welches zwar zu Europa gehört, jedoch auf einer Insel ist? Schlußendlich profitieren die Ver-

einigten Staaten von der Schwächung Europas, da es zu einem Überfließen von Kapital kommt, und die USA durch einen ökonomischen Aufschwung ihre Position als führende Weltmacht eine Zeit lang beibehalten können. Gleichzeitig wird diese Situation zu einem Rückschlag für Rußland werden, da ein schnelles Abenteuer mit der Ukraine nicht geklappt hat. Man kann nur hoffen, daß sich die Prognosen nicht realisieren. Jedoch hat sich der Schmerz bereits an einem Punkt gestaut.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 24. September 2015: >>**Flüchtlinge als Waffe**

Die Völkerwanderung des Jahres 2015 kommt nicht aus heiterem Himmel. Der anschwellende Strom, der sich auf unterschiedlichen Routen durch Europa ins Sehnsuchtsland Deutschland Bahn bricht, ist Produkt von politischen Fehlentscheidungen und Interessen. Fasziniert berichten Journalisten über das Phänomen der Vernetzung: Fast jeder Migrant trägt ein internetfähiges Mobiltelefon, heute kein Luxusgut mehr, die Verständigung läuft in Echtzeit über Facebook und Whatsapp. Auf jeden gesperrten Grenzabschnitt und jede Ausweichroute wird blitzartig reagiert.

Die deutsche "Refugees welcome"-Trunkenheit verbreitet sich wie ein Lauffeuer

So verbreiten sich die Nachrichten über die "Refugees welcome"-Trunkenheit deutscher Medien ebenso in Windeseile wie Bilder der liebevollen deutschen Kanzlerin, die keine Obergrenze bei der Aufnahmebereitschaft unserer Nation kennen will. Das sind Faktoren, zu denen nicht zuletzt die sagenhaften Sozialleistungen und die Gesundheitsversorgung des deutschen Staates zählen, die Asylanten massenhaft anziehen ("Pull"-Faktoren). "Push"-Faktoren sind indes Gründe, die Wanderungsströme in der Herkunftsregion anschieben. Dazu zählen im Fall von Syrien und Irak der dort tobende Bürgerkrieg und der Terror des IS.

Rätselhaft bleibt jedoch, weshalb sich gerade jetzt die teils seit Jahren existenten Flüchtlingslager in den an Syrien grenzenden Staaten fast schlagartig leeren. Soll beispielsweise ausgerechnet der autoritäre Staat Türkei die Kontrolle über seine Lager und die Seegrenze verloren haben? Oder läuft hier eine scheinbar "spontane Fluchtbewegung" in Wahrheit nach einem Drehplan ab, der den konkreten Interessen beteiligter Staaten - insbesondere Ankaras - entspricht?

Spielt die Türkei in der Flüchtlingskrise den "Schleusenwärter"?

Die FAZ kam vor wenigen Tagen zum Ergebnis, der türkische Staatspräsident gebe den Schleusenwärter und lasse nach dem türkischen Eingangstor im Süden nun jenes im Norden öffnen: "Erdogan läßt die Menschen aus Kalkül ziehen, er setzt die Flüchtlinge als Druckmittel gegen Europa ein." Für die Türkei und andere Staaten ist der Migrationsdruck, der nach Europa gelenkt wird, ein probates Mittel der Selbstentlastung und ein scharfes Schwert, eigene Interessen gegen die EU und Deutschland durchzusetzen. Plötzlich wird wieder erstaunlich rege über eine Lösung des Syrien-Konflikts verhandelt.

Plötzlich erlebt der geschmähte syrische Diktator Assad fast schon eine diplomatische Wiederauferstehung als Ordnungsfaktor. Plötzlich ist das bis vor kurzem isolierte Rußland auch für die USA als Teil einer politischen Lösung im Spiel. Es gibt viele interessierte Dritte in diesem Nahostkonflikt, denen die Migrantenspringflut verblüffend gut in ihr Planspiel paßt. Solange die EU und Deutschland unfähig sind, die Souveränität über ihre Außengrenzen zurückzugewinnen, bleiben Flüchtlinge eine brisante Waffe im Kampf geopolitischer Interessen.<<